

**Wandel von
Altersorientierungen
im Osten**

Sozialwissenschaftliches
Forschungszentrum
Berlin-Brandenburg e.V.
(SFZ e.V.)

Anschrift:
Köpenicker Straße 125
10179 Berlin

Telefon: (030) 28 30 55 60
Telefax: (030) 28 30 55 61
E-mail: post@sfz-ev.de
Home: www.sfz-ev.de

Vorstand:

Gründungsmitglieder:

Joachim Bergmann, Darmstadt
Uta Becher, Berlin
Christiane Bialas, Berlin
Hans-Jochen Brauns, Berlin
Jürgen Dorbritz, Wiesbaden
Wolfgang Engler, Berlin
Iring Fetscher, Frankfurt a.M.
Heiner Ganßmann, Berlin
Ute Gerhard, Frankfurt a.M.
Michael Häder, Mannheim
Thomas Hanf, Halle
Jürgen Jünger, Berlin
Ingrid Kurz-Scherf, Marburg
Reinhard Liebscher, Berlin
Birgit Mahnkopf, Berlin
Erika Mezger, Düsseldorf
Peter Ph. Mohler, Mannheim
Rudi Schmidt, Jena
Klaus-Peter Schwitzer, Berlin
Tilla Siegel, Frankfurt a.M.
Gunnar Winkler, Berlin
Francois Bafoil, Frankreich
David Kramer, USA

Ingrid Kurz-Scherf (Vorsitzende)
Hans-Jochen Brauns
Wolfgang Engler
David Kramer
Erika Mezger

UMBRUCH - Beiträge zur sozialen Transformation
Heft 25

Wandel von Altersorientierungen im Osten

Impressum:
UMBRUCH - Beiträge zur sozialen Transformation
- erscheint aperiodisch -
Herausgegeben vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V.
Die presserechtliche Verantwortung liegt bei den Autoren.

ISSN 0941-1941

Titelgestaltung: Reinhard Liebscher
Gestaltung und Bearbeitung: Heidemarie Wille
Druck: City-Print Gera

Alle Rechte vorbehalten

Wandel von Altersorientierungen im Osten

Ein Beitrag zur Diskussion

Klaus-Peter Schwitzer

Gunnar Winkler

Oktober 2011

Gliederung

1	Altersbilder in der Politik der DDR im Kontext sich wandelnder gesellschaftlicher Verhältnisse und Strukturen	7
2	Das Altenbild der 90er Jahre im Wandel	17
3	Altersorientierungen in der Arbeit der Volkssolidarität	24
4	Zwei Alter in Deutschland?!	31

Wandel von Altersorientierungen im Osten

Die soziale Stellung, welche ältere Menschen in der Gesellschaft einnehmen, die Funktionen, die sie in der Gesellschaft ausüben bzw. die ihnen zugestanden werden, verändern sich im Verlauf der Geschichte. Jede Gesellschaft entwickelt, entsprechend ihrem politischen, kulturell-moralischen und ideologischen Selbstverständnis, spezifische Wertvorstellungen, Leitbilder und Maßstäbe¹. Jede Gesellschaft prägt ihre Altenbilder². Das vorherrschende Altenbild einer Gesellschaft charakterisiert in zusammenfassender Form die Rolle, den Stellenwert, den ältere Menschen in der und für die Gesellschaft haben. Die „Jüngeren“ haben ihre Bilder von den „Älteren“ - wie umgekehrt. Die politischen Parteien und die ihnen zugrunde liegenden Weltanschauungen prägen Altersbilder ebenso wie Medien und Werbung³. Das macht auch deutlich, warum es auch in der Volkssolidarität „das“ Altenbild nicht gab und nicht geben wird, da ein Verband mit einer derart heterogenen Zusammensetzung wie die VS in sich eine unendliche Vielfalt von Orientierungen und „Bildern“ vereint. Das schließt Leitbilder für spezifische Sachbereiche der verbandlichen Altenarbeit nicht aus, sondern ein.

Maler und Bildhauer haben Altersbilder in Form von „Lebenstrepfen“ oder „Lebensbrücken“ umgesetzt⁴. Mehrheitlich belegen sie bereits seit Jahrhunderten den Aufstieg bis zum 50. Lebensjahr und den danach erfolgenden Abstieg - in der Regel die pflegende Rolle der Frau für den älteren Mann hervorhebend. Lebenstrepfen der Gegenwart müssten eher von einer verlängerten Jugend durch späteren Berufs- und Ausbildungseintritt, einer späteren Familiengründung bei reduzierter Kinderzahl und einem bis zum 60./65. Lebensjahr erfolgenden Erwerbsleben - auch für Frauen - ausgehen, dem sich mehrheitlich noch rd. 20 Jahre aktiven Lebens anschließen, ehe der „Abstieg“ - aber auch nicht für alle - beschleunigt eintritt.

Der Sechste Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland zum Thema „Altersbilder“ in der Gesellschaft gibt eine breite Diskussion zu Altersbildern und ihre Entwicklung in Deutschland wieder, die zu kommentieren nicht Anliegen der nachfolgenden Ausführungen ist.

Als Mangel darf aber nicht übersehen werden, dass in einzelnen Abschnitten des Altenberichts - wenn sie sich auf Entwicklungen und Differenzierungen in Deutschland vor und nach 1990 beziehen - die mehr als 40-jährige staatliche Trennung und damit verbundene Gemeinsamkeiten wie Unterschiedlichkeiten - von Randbemerkungen abgesehen - nahezu außer Acht gelassen werden.

Ohne Zweifel ist es aus heutiger Sicht schwer, eine Analyse zum Altern, Altsein und zu Altersbildern in der DDR vorzunehmen. Die Ursachen dafür sind unterschiedlich und liegen weniger im Fehlen von wissenschaftlicher Beschäftigung mit dem „Thema Alter“ in der DDR, sondern im seinerzeitigen Fehlen einer breiteren und öffentlich geführten Diskussion um das Thema Alter und Altsein sowie von Lebenslagen älterer Menschen.

Aber es ist nicht nur das Fehlen einer systematischen interdisziplinären Forschungsarbeit auf diesem Gebiet⁵ bis 1990, sondern auch das Fehlen einer notwendigen Aufarbeitung der Ziele und Inhalte der DDR/SED-Altenpolitik nach 1990. Trotz der inzwischen umfangreichen Politikanalysen wird dieser sozialpolitische Aspekt - der vieles, was das Leben der Menschen in den neuen Bundesländern vor 1990 ausmachte - nur vereinzelt analysiert und unterliegt weniger einer inneren, sondern vor allem einer von außen vorgenommenen Um- bzw. Neubewertung. Es ist weniger ein „Schleier des Nichtwissens“ als eine „politische Instrumentalisierung von Nichtwissen“. Zumindest ist - wie das „Ampelmännchen“ im Straßenverkehr - umgangssprachlich der aus der DDR stammende Begriff des „älteren Bürgers“ bzw. der „älteren Bürgerin“ in den neuen Bundesländern bis heute erhalten geblieben.

Obwohl es eine fundierte Forschung im Bereich der Medizin (u.a. G. Brüscke, M. Bürger, S. Eitner, W. Ries, W. Rühland, U.-J. Schmidt, Schulz, Siggelkow)⁶ und der Arbeitsgerontologie (Manfred Krüger), ab 1980 auch soziologische und demografische Forschungen (Schwitzer), der Philosophie (F. Groth, K.-F. Wessel) und der Psychologie (H. D. Schmidt) sowie im Rahmen der Territorialökonomie gab, waren der dafür erbrachte Aufwand - im Vergleich zu anderen Wissenschaftsentwicklungen - eher als gering einzuschätzen.

Auch für die DDR galt, dass gesicherte Forschungsergebnisse der modernen Altersforschung nicht Allgemeingut wurden:⁷ „Trotz der vielfach ausgedrückten Wertschätzung in offiziellen Dokumenten und Rechtsvorschriften ist das Altersbild in unserer Gesellschaft immer noch negativ akzentuiert. Unvermindert dominiert das sogenannte Defizitmodell, das Altern als unaufhaltsamen Abbau von Gesundheit, Leistungsfähigkeit und sozialer Kompetenz beschreibt. Im Jugendlexikon der DDR findet Altern überhaupt nicht statt, im zweibändigen Elementarlexikon des VEB Bibliographisches Institut Leipzig kann man unter dem Stichwort „Altern“ lesen: Biologische Veränderungen im menschlichen und tierischen Organismus, jenseits der Lebensmitte mit der Tendenz einer fortschreitenden Leistungsminderung. In der letzten Auflage des DDR-Wörterbuches der Medizin ist Altern vor allem die sichtbare oder wahrnehmbare Minderung der physischen und psychischen Leistungsfähigkeit sowie von Gestalt, Aussehen und Lebendigkeit. Für Jugendliche sind „Gruftis“ Personen älter als 50, „Urnis“ sind die über 70-Jährigen⁸. Desgleichen wurden in der DDR die Wörter „Alte“ und „alt“ häufig in Gesprächen verwendet, um Personen, die man nicht mochte, zu beschreiben.“⁹

1 Altersbilder in der Politik der DDR im Kontext sich wandelnder gesellschaftlicher Verhältnisse und Strukturen

Altersbilder, als individuelle und gesellschaftliche Vorstellungen über das Alter, vom Altern sowie über ältere Menschen und ihre Lebenswirklichkeiten sind an die jeweiligen historischen, kulturellen und sozialen Rahmenbedingungen gebunden und werden durch diese maßgeblich determiniert. Die Bewertung der Orientierungen hinsichtlich des Lebens älterer Menschen in der DDR ist insbesondere vor dem Hintergrund zu sehen, dass unmittelbar nach dem Kriegsende 1945 die sozialen Probleme - d.h. Armut, Obdachlosigkeit, Hunger und Umsiedlerelend - im ganzen Land unverkennbar alle Menschen betrafen - Arbeiter, Angestellte oder Handwerker ebenso wie Alte und Junge, verwitwete Mütter mit Kindern wie Ehepaare, Stadt- und Landbewohner wie Ansässige und „Neusiedler“. Es bedurfte keiner großartigen Überlegungen über das „ob“, sondern mehr um das „wie“. Sozialpolitische Aufgaben orien-

tierten sich in den ersten Jahren vorrangig an den Lebensverhältnissen, an den Lebenslagen und Nöten, an den kriegsbedingten Defiziten in den einzelnen Lebensbereichen - sie orientierten sich eher am „Bürger“ als an „Klassen- und Schichtstrukturen“ oder an „Generationen“.¹⁰

Die Überwindung einer Wohlfahrtsarbeit, welche sich nicht an Parteien orientierte bzw. weltanschaulich unabhängig war, wurde mit zunehmender Machtzentrierung bei der SED relativ rasch aufgegeben. Im Maße der Stabilisierung der politischen und ökonomischen Machtverhältnisse setzten sich zu Beginn der 50er Jahre jene Kräfte durch (insbesondere Parteifunktionäre aus dem SU-Exil), die davon ausgingen, dass mit der Eigentumsfrage auch die „soziale Frage“ im Sinne der „Arbeiterfrage“ entschieden sei. Eine eigenständige Sozialpolitik inklusive einer „Altenpolitik“ wurde zunächst als dem Sozialismus nicht gemäß empfunden, sondern als Relikt einer überholten kapitalistischen Gesellschaft gesehen. Es wurde aus den neuen ökonomischen Verhältnissen gewissermaßen ein Automatismus abgeleitet, in dem alles, was getan wird, der „führenden Arbeiterklasse und ihren Verbündeten“ diene, was eine „gesonderte“ soziale Ausrichtung von Politik, eine nachträgliche soziale Sicherung vor den Risiken ökonomischer Politik bzw. eine eigenständige Sozialpolitik - und damit auch spezifische Altenpolitik - ausschließe bzw. nicht erforderlich mache. Es wurde generell unterstellt, dass zu treffende/getroffene Entscheidungen sich nicht gegen die Interessen einzelner sozialer Gruppen richten, sondern immer auf „ganzheitlicher“ Betrachtung gesellschaftlicher Entwicklung beruhen würden. In diese Zeit fällt auch die gezielte Verdrängung kirchlicher Wohlfahrtsarbeit im Bereich älterer Menschen und die in der Öffentlichkeit sich weiter vollziehende Begrenzung des Verbreitungsgrades von Altenbildern mit religiösen Grundlagen.

Mit zunehmender ökonomischer Entwicklung, mit einem an wissenschaftlich-technische Entwicklungen gebundenen Effizienzdruck und sich immer mehr ausdifferenzierenden Bedürfnissen (Mitte der 60er/Anfang der 70er Jahre) bedurfte es jedoch einer differenzierenden Politik im sozialen Bereich, um vor allem ökonomische Entwicklung in soziale Veränderungen umzusetzen und immer offensichtlicher werdende soziale Probleme zu lösen bzw. notwendige Korrekturen vorzunehmen. Letztlich wurden Vorbehalte gegen „Sozialpolitik“ - anfangs ideo-

logischer später ökonomischer Art - ebenso wie auch im Sozialismus auftretende Entwicklungswidersprüche zwischen Politik-Ökonomie-Sozialem mehrheitlich in der Politik nie eingestanden.

Beginnend mit den 70er Jahren wurden - äußeren und inneren Faktoren Rechnung tragend [internationale Einbindung der DDR z.B. in die International Labor Organisation (ILO), aber auch aufgrund sich wandelnder Bedürfnis- und Wertestrukturen der Bürger] - neue Akzente durch eine leistungsabhängigere Rentenpolitik, den forcierten Wohnungsbau sowie auf eine sich an den Bedürfnissen der Familien orientierende Familien- und Bevölkerungspolitik gesetzt, die mit ihrer „multi-zieladäquaten Ausgestaltung“¹¹ auch von der DDR keineswegs nahe stehenden Wissenschaftlern im Nachhinein positiver als die Familienpolitik der Bundesrepublik bewertet wurden.

Sozialpolitik in der DDR war - das galt auch für altenpolitische Orientierungen und Bewertungen - sowohl im Inneren als auch in ihren äußeren Einflüssen eine Sozialpolitik zwischen Tradition und Neubeginn. Es war zentralisierte Sozialpolitik, die im Gegensatz z.B. zur Sowjetunion nicht ausschließlich auf einem auf staatlichen Ressourcen beruhenden steuerfinanzierten System aufbaute, sondern auch auf einem einheitlichen „Sozialversicherungsbeitrag“ des einzelnen Erwerbstätigen - anknüpfend an das Sozialversicherungssystem vor 1933.

Gleichermaßen war die DDR wie kein anderer Staat im RGW-Bereich mit dem „westlichen“ System konfrontiert, das in Gestalt der „sozialen Marktwirtschaft“ der Bundesrepublik neue Akzente setzte, die auch im Westen gleichermaßen auf „Überlegenheitsnachweis“ gegenüber dem Osten angelegt waren. Die „Abgrenzungs- und Überlegenheitspolitik“ zwang zunehmend die DDR - auch als Reaktion auf die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik - zu einer Politik für Ältere, die sich nicht nur zum Teil in Gegensatz zu den anderen osteuropäischen Ländern brachte, sondern auch Entscheidungen wider eine „Ökonomie der Vernunft“ und damit die ökonomische Leistungsfähigkeit erforderten. Dass diese Konfrontation das jeweilige System als ausschließliches Ergebnis seiner Überlegenheit im Bereich der Sozialpolitik wertete (und zum Teil noch heute wertet) - ist belegbar, ebenso wie der nach 1990

schnell beginnende - bis dahin nicht denkbare - Umbau des Sozialstaats und Rückbau der bundesdeutschen sozialen Sicherungssysteme.¹²

Es ist unbestritten, dass sich in der DDR von Anbeginn bis 1989 die Interessen der jeweiligen Partei- und Staatsführung mehr dem arbeitenden Teil der Bevölkerung zuwandten als den älteren Generationen - was analog auch für die Bundesrepublik als gemeinsames Merkmal (übrigens die einzige Bemerkung zur DDR im Sechsten Altenbericht) festgestellt wird.¹³ Jugendzentriertheit war (auch) in der DDR dominierend.

Als Teil einer sich entwickelnden eigenständigen Sozialpolitik wurde ab Mitte der 60er Jahre stärker orientiert auf den spezifischen Schutz und die soziale Sicherung bei Krankheit und im Alter auf Grundlage einer durch Steuerfinanzierung abgesicherten einheitlichen Sozialversicherung. Vor allem die Einkommenspolitik gegenüber Rentnern blieb jedoch bis 1989 ein Grundproblem der Sozialpolitik. Es muss aber immer wieder festgestellt werden, dass durch staatliche Subventionierungen von Waren, Mieten und Dienstleistungen die Lebensverhältnisse bedeutend mehr zugunsten der Rentnerinnen und Rentner beeinflusst worden sind als durch eigenes Alterseinkommen.

Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre wurde nicht nur die Altersforschung forciert, sondern auch auf ein aktives Altern, eine stärkere kulturelle Einbindung Älterer sowie deren bis dahin im Mittelpunkt stehenden gesundheitlichen und sozialen Betreuung orientiert. Insbesondere die Volkssolidarität als einzige „Altenorganisation“ in der DDR, wurde damit „beauftragt“ und entwickelte die inhaltliche Orientierung unter dem Motto: „Tätigsein - Geselligkeit - Fürsorge“ als inhaltliche Ausrichtung des Verbandes (vgl. nachfolgenden Punkt 3).

Ohne auf neuere Forschungsergebnisse zurückgreifen zu können¹⁴, ist bei der Bewertung der von der Politik vorgenommenen - und auch auf sozialwissenschaftlichen Analysen beruhenden - Altersorientierungen in der DDR dreierlei zu beachten:

Erstens unterlagen auch die Altersbilder in der DDR dem spezifischen Strukturwandel von Seniorengenerationen - im Wesentlichen der Jahrgänge 1860 bis 1930. Während die 1860 Geborenen ihre letzten Rentnerjahre in den ersten Jahren der DDR erlebten, gingen die 1930 geborenen Frauen „lt. Plan“ 1990, d.h. mit dem Ende der DDR, in die Rente

(im Ergebnis der Vereinigung wurde dann allerdings ein Großteil der ab 55-Jährigen in den Vorruhestand abgewickelt).¹⁵ Es waren Generationen, welche entweder zwei Weltkriege selbst miterlebt hatten oder die Teilung Deutschlands als Ergebnis des 2. Weltkrieges, den Mauerbau und die Vereinigung Deutschlands. Das sind Fakten, welche historische Gemeinsamkeiten mit den alten Bundesländern ebenso belegen, wie sie zugleich auf die unterschiedliche Sozialisation der Jahrgänge der ab 1920/1925 Geborenen verweisen.

Zweitens fand bei den Orientierungen der „Altenarbeit“ in der DDR immer auch der spezifische Frauenanteil Beachtung, der im Ergebnis des 2. Weltkrieges dazu beitrug, dass der wirtschaftliche Neubeginn, das geschaffene Volksvermögen in hohem Maße Ergebnis der Arbeit von Frauen - trotz Doppelbelastung - waren. Dabei spielten nicht nur die legendären Trümmerfrauen, sondern im Ergebnis der Bodenreform auch die Neubäuerinnen sowie Neulehrerinnen bei der Entwicklung eines neuen Schul- und Bildungssystems eine zentrale Rolle. Trotz der hohen Einbindung in den Erwerbsprozess konnte der Widerspruch zwischen Akzeptanz und Bedarf an Aktivitäten von Frauen im erwerbsfähigen Alter und ihren defizitären Lebenslagen im Alter nicht gelöst werden. Der im Westen viel gerühmte „Gleichstellungsvorsprung“ der Frauen der DDR¹⁶ fand im Rentenalter keine adäquate Fortsetzung. Bis heute wirken insofern einerseits die geleisteten Lebensarbeitsjahre auf den eigenständigen Rentenanspruch von Frauen, wie sich andererseits zugleich existente Ungleichheiten der Entlohnung in unterschiedlichen Rentenniveaus widerspiegeln.

Drittens erfolgte die Sozialisation der heutigen Rentnerjahrgänge in hohem - wenn auch inzwischen abnehmendem - Maße in der DDR und den damit verbundenen spezifischen Arbeits- und Lebensbedingungen. Auch aus dieser Sicht unterscheiden sich Altersbilder über die im Sechsten Altenbericht genannten hinaus zwischen Ost und West.

Altersbilder in der DDR lassen sich nicht vorrangig am Begriffswandel Veteranen - Rentner - Bürger im höheren Lebensalter - festmachen. Der zunächst an deutsche, amerikanische und sowjetische Traditionen anknüpfende Begriff des „Veteranen“ (Kriegsveteranen) erfuhr einen raschen Wandel, der davon ausging nicht die Teilnehmer des Krieges

besonders anzuerkennen und zu organisieren, sondern diejenigen, welche sich im Widerstand gegen die Nazidiktatur (Widerstandskämpfer), bei der Neustrukturierung des politischen Lebens seitens der Partei (KPD/SPD/SED - Parteiveteranen) bzw. beim wirtschaftlichen Aufbau (Veteranen der Arbeit) besondere Verdienste erworben hatten.

Es war in den Anfangsjahren der DDR jedoch mehr als eine sprachliche Begrifflichkeit, dass entsprechende sozialpolitische Maßnahmen sich vor allem auf die „Veteranen der Arbeit“¹⁷ konzentrierten. Damit standen lebenslang erbrachte Arbeitsleistungen und auch nach Erreichen des Renteneintrittsalters zu erbringende Leistungen im Zentrum. Aber auch damals gebräuchliche Begrifflichkeiten wie „Werk tätige im höheren Lebensalter“ verweisen auf den engen Kontext, den Erwerbsarbeit für das Altern hatte.

Hierzu ist allerdings zu bemerken, dass auch die bis heute gebräuchliche Verwendung des Begriffs „Rentner“ nur indirekten Bezug zum Alter hat, sondern ausschließlich die überwiegende Art und Weise des empfangenen Einkommens in den Mittelpunkt stellt und damit auf den Lebensvollzug des älteren Bürgers als „Rentenempfänger“ bzw. in Abgrenzung zu ihm auf den Pensionär als bessergestellten Pensionsempfänger abzielt. [Es ist nicht uninteressant, dass bei Altersbildern dieser „Grundstruktur“ (alt-)deutscher Prägung wenig Beachtung geschenkt wird.]

Insofern war die in der DDR geprägte Sprachwahl des „älteren Bürgers“ bzw. der „älteren Bürgerin“ relativ frei von ökonomischen, sozialen oder politischen Abhängigkeiten und charakterisierte ausschließlich den Platz im kalendarischen Lebensverlauf.

Dabei wurde (zumindest in der Wissenschaft) davon ausgegangen, dass es sich bei Bürgern im höheren Lebensalter um nicht mehr erwerbstätige, ihren Haushalt und ihre Freizeit sowohl in körperlicher Hinsicht als auch in den geistig-kulturellen Beziehungen möglichst aktiv gestaltenden Bürger handelt.¹⁸

Es war - nach offiziellem DDR-Verständnis - insbesondere ab den 70er Jahren programmatisches Ziel und Aufgabe der gesamten Gesellschaft, den älteren Bürgern einen Lebensabend in sozialer Sicherheit und Geborgenheit zu gewährleisten, ihnen die Teilnahme am gesellschaftlichen

Leben in noch größerem Umfang zu ermöglichen sowie die kulturelle, soziale und medizinische Betreuung auszubauen und die Lebensbedingungen aller älteren Bürger planmäßig zu verbessern.¹⁹ Bereits 1969 wurden, ausgehend von den demografischen Entwicklungstendenzen und daraus ableitbaren sozialpolitischen Erfordernissen, altenpolitische Grundsätze zur Betreuung und sozialen Integration älterer Menschen entwickelt, sozusagen als ein erster gesamtgesellschaftlicher Altenplan auf deutschem Boden.²⁰ Dieser war auch aus heutiger Sicht von erstaunlich modernen Maximen und Leitlinien geprägt und enthielt sinngemäß Festlegungen, die Anfang der 90er Jahre in der Bundesrepublik zum Förderungskatalog integrativer Perspektiven gehörten.²¹ Zur Verwirklichung dieser Grundsätze wurde ebenfalls 1969 eine Rahmenvereinbarung zwischen dem Ministerium für Gesundheitswesen, dem Ministerium für Kultur, dem Staatlichen Komitee für Körperkultur und Sport und dem Nationalrat der Nationalen Front sowie den gesellschaftlichen Organisationen Volkssolidarität, FDGB, DFD, DRK der DDR, DTSB, FDJ und der Pionierorganisation abgeschlossen.²²

Für die Art und Weise, wie seinerzeit das Alter im politischen Diskurs thematisiert und wie ältere Menschen angesprochen worden sind, ist hervorzuheben, dass offiziell jede wertmäßige Einteilung und Einstufung nach Altersgruppen strikt abgelehnt und zurückgewiesen wurden. „Niemand ist mehr oder weniger Wert nur weil er älter oder jünger ist. Die Gesellschaft existiert mit und im Zyklus des Lebens; jedes Alter hat seinen organischen Platz mit seinen Möglichkeiten, Verpflichtungen und Bedürfnissen im Gefüge der Gemeinschaft.“²³

Nicht zu übersehen ist, dass Anfang der 70er Jahre vor allem führende Demografen der DDR²⁴ auf den sich vollziehenden Alterungsprozess in der DDR aufmerksam machten und mit ihren Ergebnissen insbesondere eine Familienpolitik beeinflussten, welche auf die Realisierung des (noch) vorhandenen Kinderwunsches gerichtet war. Im Ergebnis dessen erfolgte eine entsprechende Geburtenentwicklung, die bis 1990 den Alterungsprozess der Gesamtbevölkerung deutlich verlangsamte.

Festzustellen bleibt, dass das sozialpolitische Leistungssystem den Interessen Älterer nicht generell entgegenstand, aber es war stets arbeitsorientierten Erfordernissen nachgeordnet. Fast alle vormaligen DDR-

Bürger erinnern sich an die ständigen Diskussionen um Leistungen und Leistungsumfang sozialpolitischer Maßnahmen zwischen jüngeren und älteren Menschen. Dabei sollte aber auch nicht übersehen werden, dass die Bereitschaft Älterer, zu Gunsten Jüngerer zurückzustehen, damals höher ausgeprägt war, da mehrheitlich nicht davon ausgegangen wurde, dass Einsparungen vorrangig ökonomischen und politischen Eliten zugute kämen. Detaillierte Analysen zu Lebenslagen und Lebensverhältnissen älterer Bürger in der DDR sind unmittelbar 1990 und danach in ausführlicher Form vorgelegt worden.²⁵

Die Spezifik der Altenarbeit bestand auch in einer dezentralisierten Ausrichtung, d.h., dass völlig im Gegensatz zur sonstigen zentralistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik die „nachbetriebliche“ Betreuung älterer Menschen auf die Betriebe konzentriert wurde und nur sehr begrenzt auf kommunale Ebenen - z.B. den Wohlfahrtsverband „Volkssolidarität“ - verlagert wurde.

Mit dem Begriff „Veteranen der Arbeit“ wurde sowohl der Bezug zur Wertschätzung geleisteter Arbeit als auch die Verpflichtung für die Betriebe, sich um „Ausgediente“ zu kümmern, hergestellt. Die Betriebe und Einrichtungen nahmen dies im Maße ihrer wirtschaftlichen Effizienz bzw. mit staatlicher finanzieller Unterstützung wahr. Das Spektrum der Aufgaben/Aktivitäten schloss kulturelle, gesundheitliche und sozialen Betreuung ein und reichte von der Teilnahme am betrieblichen Werkessen bis zur Vergabe von Ferienplätzen. Betriebliche Bindung und Einbindung war eine keineswegs zu unterschätzende soziale Beziehung älterer Menschen in der Gesellschaft und durchaus Identität stiftend.

Wenn auch aus heutiger Sicht unterschiedlich bewertet, so ist doch offenkundig, dass z.B. die Hilfe und Unterstützung Älterer durch Hausbewohner, durch ehemalige Arbeitskollegen u.a. einen bedeutenden Raum einnahmen und als soziales Eingebundensein empfunden wurden. Das gilt auch für die umfangreiche Tätigkeit der „Volkssolidarität“²⁶.

Mit dem Führungswechsel 1971 (Ulbricht - Honecker) und einer stärker sozialpolitisch orientierten Politik (Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik) wurde zunehmend sowohl auf die Verdienste älterer Bürger am Wachsen und Werden des Staates als auch auf ihre nicht zu unterschät-

zenden Erfahrungen gesetzt. „Es geht um ihren produktiven Beitrag, den sie nach wie vor leisten und leisten können, zum Nutzen der Gesellschaft und zu ihrem eigenen Wohle. Es geht um ihre Einbeziehung, ihre vielfältige Teilnahme am Leben der Gesellschaft, als Gebende und Empfangende, es geht um den harmonischen Zusammenklang von Jüngeren und Älteren, was zum Vorteil aller ist.“²⁷

Für die Menschen in der DDR - und für die Älteren insbesondere - war, von einigen Ausnahmen abgesehen, ein hohes Maß an sozialer Homogenität hinsichtlich des Eigentums, der Bildungs- und Ausbildungsstrukturen, der Beschäftigung, der Einkommen, des Wohnens, der gesundheitlichen Betreuung usw. charakteristisch. Es waren eher egalisierende, weniger differenzierende Lebensverhältnisse.

Es war - bei Akzeptanz aller vorhandenen Probleme - keineswegs ein Leben zwischen Entbehrung und Luxus, zwischen Isolation und Integration - es war für die überwiegende Mehrheit ein nach vollzogenem, sinnerfülltem Arbeitsleben sich auf fast egalisiertem, niedrigem materiellen Lebensniveau räumlich begrenzt vollziehender „Ruhe“stand.

Dabei ist nicht zu übersehen, dass das Fehlen entsprechender äußerer Rahmenbedingungen (bedingte Reisemöglichkeiten, Vereinskultur u.a.) keinesfalls zu vernachlässigende Grenzen aktiven Handelns im Alter setzte. Ebenso galten allgemeine Defizite demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten natürlich in besonderem Maße für die älteren Bürger. So gab es selbst im Rahmen der Einheitslisten der Nationalen Front zu den jeweiligen Wahlen keine Einbeziehung von Interessenvertretungen Älterer, z.B. der „Volkssolidarität“.

Insgesamt ist jedoch festzustellen, dass das seinerzeitige offizielle politische Altenbild und vor allem seine Umsetzung eher einem „westlichen“ Standard folgte: Die „zu betreuenden“ älteren Bürgerinnen und Bürger standen im Mittelpunkt, aktiv zu sein im Alter war auf Arbeit im Alter und auf Weitergabe von politischen Lebenserfahrungen an Jüngere durch einige Wenige begrenzt.

Auch ältere Menschen gingen selber davon aus, dass man so lange arbeitet wie man will, kann und (aus finanziellen Gründen) muss.²⁸ Man zog sich nach getaner Lebensarbeit zurück, nicht um Jüngeren Platz zu machen oder weil man das Gefühl hatte, nicht mehr gebraucht zu wer-

den, sondern um seinen Lebensabend „in Ruhe“ zu genießen. Der permanent existierende und erzeugte „Arbeitskräftemangel“ gab vielen Älteren das Gefühl, dass auch ihre Arbeitsleistung benötigt wurde.

Damit kommt ein nicht unwesentlicher Widerspruch im Leben von DDR-Rentnern zum Ausdruck. Der Einzelne wurde gebraucht, keiner wurde „ausgesondert“, aber die Sorge der Gesellschaft ging an vielen spezifischen Problemen Älterer oft vorbei. Allerdings ist auch hervorzuheben, dass das gesellschaftliche Bild vom Alter in der DDR nicht durch Aspekte wie „Alterslast“, „Überalterung“ oder Probleme der „Verteilungsgerechtigkeit“ zwischen den Generationen geprägt worden ist²⁹ und - bedingt durch die Arbeitskräfteknappheit - in der Arbeitswelt „positive Altersbilder dominierten“.³⁰

Wie auch immer Einzelurteile von Außenstehenden ausfallen mögen, es ist unbestritten, dass die heute über 60-Jährigen, die mehr als die Hälfte ihres Arbeits-Lebens und bis zu zwei Drittel ihres Lebens insgesamt in der DDR verbrachten - ebenso wie die nachrückenden 50-Jährigen - sich ihrer Arbeit, ihres gelebten Lebens nicht zu schämen brauchen,³¹ ebenso wenig wie sie sich schämen müssen, wenn sie heute - im Ergebnis eines Lebens mit anderen angeeigneten Werten und Verhaltensweisen - das, was sich vollzieht, anders bewerten als man es oft von außen erwartet.

Das Leben der Älteren in den neuen Bundesländern war bis 1990 keine 40-jährige Geschichte von Irrtümern und Fehlern, es war vor allem mehrheitlich durchaus bewusste Gestaltung ihrer individuellen (und damit auch von gesellschaftlichen) Lebensbedingungen.³² Dass sich dies unter anderen Bedingungen als im Westen vollzog, ist unbestreitbar. Wie weit der Einfluss des Einzelnen reichte oder wahrgenommen werden konnte, gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu verändern, unterscheidet wahrscheinlich die Mehrheit älterer Menschen im Osten und Westen noch am wenigsten.

Der Aufbau der durch den faschistischen Krieg zerstörten Wirtschaft, die Sicherung eines für den Ostblock durchaus nicht charakteristischen hohen Lebensniveaus in der DDR, die von der Mehrheit praktizierte Gestaltung von zwischenmenschlichen Beziehungen der Achtung und Anerkennung des anderen, alles das sind vor allem Ergebnisse der Arbeit und des Wirkens der heutigen älteren Generationen.

2 *Das Altenbild der 90er Jahre im Wandel*

In einem keineswegs wahrgenommenen Maße war und ist das Altenbild im Zusammenhang mit gesellschaftlicher Nützlichkeit auch im Westen arbeitsabhängig bestimmt.³³ „Man scheidet aus Altersgründen aus der Arbeit aus“, „wenn man 45/50 Jahre alt ist, findet man aus Altersgründen keine Arbeit“, „ich bin zu alt, um Arbeit zu finden“ - all das sind nicht nur Sprachregelungen, sondern Realitäten einer sich am „Nutzen“ der Arbeitskräfte orientierenden Marktwirtschaft. Dass die Arbeitsmarktsituation Älterer in den neuen Bundesländern besonders extrem ist, muss nicht hervorgehoben werden.

Insofern hat die Vereinigung in den neuen Ländern zu einem völlig neuen Selbstverständnis von „alt fühlen“ und „alt sein“ geführt, das sich mit der vom Einzelnen nicht oder kaum beeinflussbaren Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt verbindet.³⁴ Man ist alt, nicht weil man nicht arbeiten kann oder will, sondern weil es keine Arbeit für diese Altersgruppen gibt. Ein sich ausschließlich an „Arbeit“ - im Sinne von Erwerbsarbeit - orientierendes gesellschaftliches Leitbild verweist „Alter“ auf dessen „Nutzlosigkeit“ für die Gesellschaft.

Dabei gilt insbesondere für die neuen Länder, dass die mit Erreichen des Vorruhestandes mögliche „freiwillige“ Aussonderung aus dem Erwerbsleben mehr „soziale Sicherheit“ bot als arbeitslos zu sein. Niedrigere, aber - zumindest gegenwärtig gesicherte - Renten erscheinen damit als ein anzustrebendes Ziel. Aber in zunehmendem Maße gilt, dass die Anzahl der geleisteten Arbeitsjahre und das dabei erzielte Arbeitseinkommen ebenso wie Jahre der Arbeitslosigkeit individuelle Lebenslagen im Alter beeinflussen.

Die Bürger in den neuen Bundesländern wurden zunächst mit einem „offiziellen“ Altenbild konfrontiert, welches das Defizitäre im Alter stark betonte. Zugleich begann in den 90er Jahren die Diskussion um ein Altenbild, welches nicht vorrangig durch Krankheiten, abnehmende Leistungsfähigkeit, Betreuung und Pflege gekennzeichnet war, sondern mit steigender Lebenserwartung und zeitigerem Einstieg ins Rentenalter zunehmend die „aktiven“ Alten, die Gesunden in den Mittelpunkt zu rücken versuchte, ohne notwendige Betreuung außer Acht zu lassen. Insbesondere der Fünfte Altenbericht der Bundesregierung ist geprägt

durch den Wechsel zu einem Altenbild, das vor allem die Potenziale des Alters hervorhebt.

Vergleiche über die Jahrzehnte verdeutlichen, dass bis in die Gegenwart - trotz eines sich langsam wandelnden Altenbildes und trotz umfangreicher Altenberichte und Seniorenreports - das „klassische“ Altenbild, das insbesondere körperliche und geistige Defizite hervorhebt, keineswegs überwunden ist.

Die Haltung zum Alter - wie die Untersuchungen der Volkssolidarität³⁵ zeigen - wird noch längst nicht davon bestimmt, lange aktiv zu sein (gleich in welchen Formen), sondern wird zum Teil immer noch durch die „Spätphase“ des Alterns geprägt mit durchaus (keineswegs automatisch bei allen) abnehmenden geistigen und körperlichen Fähigkeiten und Möglichkeiten. Die stete Betonung, dass mehr Menschen immer älter werden, hat (noch) nicht zu einem gewandelten Altenbild geführt, obwohl Veränderungen erkennbar sind.

Die Menschen leben nicht nur länger, sie sind auch länger gewillt und fähig, aktiv zu sein. Wird jedoch in der Gesellschaft vom Alter geredet, wird nach wie vor und zum Teil stärker als früher vor allem über den zunehmenden Anteil zu pflegender „Hochaltriger“ (gemeint ist ab 80. Lebensjahr) gesprochen, über Demenz, über die Lasten der Pflegekassen, aber weniger über die zunehmende Zahl von aktiven, ihr Leben selbst gestaltenden mündigen älteren Bürgern.

Wie Leitbilder gesetzt werden, verdeutlichen auch Aussagen wie: Noch nie ging es den Älteren so gut wie heute. Natürlich geht es ihnen besser als ihren Eltern- und Großelterngenerationen. Letzteres wird aber von einzelnen Politikern manchmal so betont, als wenn sich die Älteren deshalb schämen sollten. Aber ist es nicht normal, dass es Älteren von heute besser geht als den vor ihnen Lebenden? Das gilt aber für alle Generationen. Auch den im Erwerbsleben Stehenden geht es heute besser als denen vor 30 oder 50 Jahren. Schlechter geht es nicht den Jüngeren, sondern denen, die keine Arbeit haben. Eltern gehen immer davon aus, dass es ihren Kindern einmal besser gehen soll. Das schließt doch nicht ein, dass es den Eltern später schlechter gehen sollte als zu Zeiten vor dem „Ruhestand“. Die Argumentationen entsprechen mehr einer defizitären Finanzpolitik als Defiziten in den Generationenbeziehungen.

Mit den Zwängen notwendiger Umstrukturierungen der finanziellen Aufwendungen für Sozialleistungen erfolgte insbesondere zu Beginn des neuen Jahrtausends eine erneute Nuancierung hin zu einem Altenbild, welches den „Kosten/Beitrag treibenden“ älteren Bürger, den immense finanzielle Leistungen verschlingenden älteren Menschen ins Zentrum rückt. Natürlich gibt es Senioren mit hohen Einkommen und Vermögen, welche Leistungen vom Staat erhalten (d.h. vom jüngeren Steuer und Sozialversicherung Zahlenden), die dadurch den jungen Generationen nicht zur Verfügung stehen. So wird nur allzu oft der Eindruck einer „parasitären“ Altengeneration vermittelt, die nicht nur das Erbe, sondern auch die Ressourcen der Jüngeren verschlingt. Letztlich geht es jedoch um Finanzierungsumverteilungen zu Ungunsten der Mehrheit älterer Bürger nicht zu Gunsten der Jungen, sondern einer Gewinn maximierenden „Oberschicht“.

Selten wurde bislang aufgerechnet, wie viel an gesellschaftlichen Werten und Vermögen von den Älteren in der Vergangenheit geschaffen worden sind und in der Gegenwart erbracht werden. Der heutige Wohlstand, auf dem die Jugend aufbaut, ist Ergebnis der Arbeit der Generationen vor ihnen, das geschaffene und vorhandene gesellschaftliche Vermögen übersteigt selbst die nicht den Älteren zuzuordnende Verschuldung in Deutschland.

Der Fünfte Altenbericht hat ausdrücklich auf die beträchtliche Produktivität älterer Menschen verwiesen. Sie betrifft die Hilfe- und Transferleistungen in der Familie und in sozialen Netzwerken, wie Betreuungs-, Pflegetätigkeiten und (Enkel-)Kinderbetreuung, sowie die ehrenamtlichen Aktivitäten und die gezielte Weitergabe von Kenntnissen und Fertigkeiten (z.B. Projekte im Kontext von „Erfahrungswissen“, Senior-Experten-Service und Wissensbörsen). Diese Tätigkeiten haben - im Gegensatz zu konsumtiven oder freizeitorientierten Tätigkeiten - nicht nur einen individuellen Wert, im Sinne von Sinnerfüllung und sozialer Integration, sondern zusätzlich einen ökonomischen und gesellschaftlichen Wert. Ihre Bedeutung lässt sich ermessen, wenn berücksichtigt wird, dass für viele dieser Tätigkeiten - würden sie nicht weitgehend unentgeltlich erbracht - sozialstaatliche Mittel aufgebracht werden müssten.³⁶ Auch hängt die Funktionsfähigkeit vieler intermediärer Organisationen - z.B. Wohlfahrtsverbände oder Sportvereine - zum großen Teil

von der Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement ab. Es geht hier nicht nur um den Zusammenhalt der Generationen, sondern darüber hinaus um jenen der Gesellschaft insgesamt - um den „sozialen Kitt“, der aktuell auch in den Diskussionen um die Bürger- oder Zivilgesellschaft eingefordert wird.³⁷

Altersbilder, als individuelle und gesellschaftliche Vorstellungen über das Alter, vom Altern sowie über ältere Menschen und ihre Lebenswirklichkeiten, sind an die jeweiligen historischen, kulturellen und sozialen Kontexte gebunden und durch diese maßgeblich determiniert. Neue gesellschaftliche Realitäten, wie der demografische Wandel und die Krise des Sozialstaats als sozio-ökonomische Rahmenbedingung, generieren seit Beginn des neuen Jahrhunderts in Deutschland ein „aktiv gesellschaftliches Anforderungsprofil an das Alter“³⁸ und tragen zur Favorisierung des Bildes vom leistungsfähigen älteren Menschen bei. „Die medialen, politischen und wissenschaftlichen Quellen offenbaren eines mit bestechender Deutlichkeit: Die Potenziale des Alters rückten als Ressourcen erst dann in den Fokus öffentlicher Aufmerksamkeit, als angesichts des demografischen Wandels sowie des Rückbaus und der Restrukturierung wohlfahrtsstaatlicher (Dienst-)Leistungen ein gesellschaftlicher Bedarf an eben diesen Potenzialen ausgemacht wurde.“³⁹ „Active ageing“ avancierte zum Schlüsselbegriff der europaweiten Beschäftigungspolitik, förderte die Deinstitutionalisierung der Phase des Ruhestands und eine Vielzahl alterspolitischer Aktivierungsprogramme. „Der ältere Mensch mutiert vom Kosten- zum Produktionsfaktor.“⁴⁰

Der Sechste Altenbericht zeigt anschaulich, dass in Deutschland Altersbilder in der Arbeitswelt von je her im Kontext der Arbeitsmarktpolitik, der Rentenpolitik sowie der Altersgrenzenpolitik standen. Immer dann, wenn es sozial-, arbeitsmarkt- oder rentenpolitisch opportun war, ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen möglichst früh in die Rente zu schicken, haben negative Altersbilder dominiert und umgekehrt.⁴¹

Ein früher Ruhestand galt im Bewusstsein der weitaus meisten (nicht nur älteren) Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen als zivilisatorische Errungenschaft im Sinne eines „sozialen Besitzstandes“, vielfach auch angesehen als „gerechte Gegenleistung“ für oftmals jahrzehntelange (entfremdete) Arbeitskraftverausgabung für den Betrieb. Das so kon-

struierte Bild vom „wohlverdienten Ruhestand“ wurde vor allem in den 1980er Jahren zu einer lange Zeit parallel zur „Nutzlosigkeit des Alters“ bestehenden Legitimation, die bis heute seine Bedeutung nicht vollends verloren hat.

Zur Unterstützung des Paradigmenwechsels in der Politik für ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen wird zur Zeit auch ein Paradigmenwechsel bei den Altersbildern angestrebt. Die jahrzehntelang weit verbreitete Vorstellung von den „nicht-mehr-gebrauchten“, „leistungsgeminderten“ Älteren passt nicht mehr in eine Zeit, in der länger gearbeitet werden soll und kann. Stattdessen gibt es Bemühungen, ein neues „Kompetenzmodell“ von älteren Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen zu entwickeln. Protegiert wird dabei das Bild des „active ageing“ (synonym wird häufig auch „productive ageing“ benutzt), auf europäischer Ebene ursprünglich angestoßen, in Deutschland seitens der Politik maßgeblich befördert durch den Potenzialdiskurs des Fünften Altenberichtes der Bundesregierung⁴². Dennoch ist festzustellen, dass Diskussionen um zu verändernde gesellschaftliche Altersbilder als kollektive Deutungsmuster - trotz Altenberichten der Regierung - nicht in der Breite der Gesellschaft, sondern vor allem im Rahmen relativ elitärer wissenschaftlicher Veranstaltungen stattfinden.

Nach wie vor unterliegen die Begriffe „Alter“ bzw. „alternde Gesellschaft“ größtenteils einer normativen negativen Wertung, obwohl Altsein weder mehrheitlich durch Krankheit, Vereinsamung und Verarmung gekennzeichnet ist noch die älteren Menschen ursächlich für die finanziellen Schwierigkeiten in den Renten-, Kranken- und Pflegekassen verantwortlich gemacht werden können.

Während die Zunahme der Lebenserwartung für viele Menschen höchst erfreulich ist, wird dieselbe Entwicklung auf der gesellschaftlichen Ebene als alarmierendes Zukunftsproblem diskutiert. Die Folgen für die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und die Zahlungsfähigkeit der Sozial-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung und die Verteilungsgerechtigkeit zwischen den Generationen beherrschen weite Teile der Diskussion. Die sich darauf beziehenden (Politik-)Empfehlungen orientieren sich hauptsächlich an der Frage, wie die sozialen Alterssicherungssysteme, das Gesundheitswesen und die Pflegeversicherung aufrechter-

halten werden können. Das hat Auswirkungen auf das gesellschaftliche Klima, wie die öffentliche Diskussion zum Thema Altern zeigt. Rentenreform, Pflegenotstand, Überalterung der Gesellschaft, Altenlast sind Stichworte, unter denen die Zunahme alter Menschen Aufmerksamkeit gefunden hat. Wissenschaftliche Erkenntnisse, die belegen, dass Älterwerden in zunehmendem Maße mehr Erfahrung, mehr Freiheit, mehr Sicherheit und mehr Autonomie bedeutet, die Verlängerung der durchschnittlichen Lebenszeit nicht nur ein Gewinn für den Einzelnen, sondern auch für die Gesellschaft sein kann, ältere Menschen über beträchtliche Kompetenzen, Potenziale und Ressourcen verfügen, die es zu nutzen und zu erweitern gilt, haben es schwer, sich durchzusetzen und lösen in der nichtwissenschaftlichen Öffentlichkeit, insbesondere in den Medien, marginale Wirkungen aus. Zugleich fehlt häufig der Bezug zu den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die hierzulande dazu führen, dass Menschen mit zunehmendem Lebensalter sukzessive aus der aktiven Gesellschaft ausgegliedert werden.⁴³

Mit Blick auf die Politik hat die Sachverständigenkommission zur Erstellung des Sechsten Altenberichts der Bundesregierung die Frage aufgeworfen, inwieweit der interessengeleitete politische Diskurs der Vielfalt des Alters gerecht wird, inwieweit Potenziale und Grenzen akzentuiert, zum Teil auch instrumentalisiert werden. Zum Beispiel spiegelt die Forderung nach einer Rationierung im Gesundheitswesen ungerechtfertigte und unangemessene Altersbilder wider. Ein weiteres Beispiel ist ein Verständnis von Pflegebedürftigkeit, das individuelle Unterstützungsbedarfe und Leistungsansprüche allein auf der Grundlage körperlicher Funktionstüchtigkeit festlegt. Eine solche Gleichsetzung von Pflege mit körperlicher Versorgung beruht auf einem reduktionistischen Alters- und Menschenbild, das das emotionale Erleben, die Bezogenheit auf andere und Möglichkeiten von Teilhabe vernachlässigt.

Mit Blick auf die Arbeitswelt wird festgestellt, dass - trotz zunehmender Erwerbstätigkeit Älterer in den letzten Jahren - die Frage, wie das Humanvermögen älterer Menschen produktiv genutzt werden kann, nur allzu oft ausgeblendet wird. Als Folge werten bis heute zu wenige Unternehmen die Beschäftigung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie deren Qualifizierung und Angebote der Gesundheitsvorsorge als eine wichtige, zukunftsorientierte Unternehmensstrategie.

Stattdessen wird nach wie vor häufig die Befürchtung geäußert, dass die Alterung der erwerbstätigen Bevölkerung auf Dauer die Absatzchancen auf einem globalisierten Markt gefährdet und langfristig die Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland beeinträchtigen wird. Diese Befürchtungen gründen auf der Annahme, dass einerseits ein Zusammenhang zwischen dem Alter der Beschäftigten und den Lohnnebenkosten besteht, und dass andererseits ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gegenüber jüngeren im Allgemeinen weniger kreativ, motiviert und innovationsfähig seien. Dagegen sprechen zahlreiche empirische Untersuchungen, die belegen, dass ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen nicht per se weniger, sondern anders leistungsfähig als jüngere sind.⁴⁴

Eine inzwischen auch das Seniorenalter erreichende steigende allgemeine und berufliche Bildung, sowie die auf lebenslanger Arbeit (zumindest für die neuen Bundesländer und die Männer der alten Bundesländer) beruhenden Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten als individuelle wie gesellschaftliche Potenziale verbreitern nicht nur das Spektrum der Bedürfnisse und Interessen im Alter, sondern auch die Möglichkeiten ihrer Befriedigung.

Tabelle 1: Bevölkerung und Erwerbstätige nach ausgewählten Altersgruppen und Art des beruflichen Ausbildungs- bzw. Hochschulabschlusses 2001 - früheres Bundesgebiet, neue Länder und Berlin Ost - in Prozent -

Alter von ... bis unter ... Jahren	berufliches Praktikum/Lehr-/Anlernausbildung		Meister-/Technikerausbildung, Fachschulabschluss		Fachschulabschluss in der DDR		Fachhochschul-/Hochschulabschluss/Promotion		ohne Abschluss	
	ABL	NBL	ABL	NBL	ABL	NBL	ABL	NBL	ABL	NBL
	<i>männlich</i>									
30 bis 35	55,5	71,1	10,7	7,5	0,5	3,1	19,1	13,4	14,1	4,9
50 bis 55	57,1	58,7	12,1	10,7	0,4	7,4	18,1	19,8	12,3	3,5
65 u. älter	59,7	57,5	10,5	11,9	0,2	8,3	10,5	14,2	19,1	8,1
	<i>weiblich</i>									
30 bis 35	61,2	63,8	5,9	5,6	0,6	12,1	14,1	14,0	18,2	4,5
50 bis 55	60,1	62,4	4,0	5,1	0,3	13,2	9,9	12,5	25,6	6,7
65 u. älter	40,2	55,4	1,9	3,0	0,1	4,6	2,7	2,4	55,2	34,5

Quelle: Statistisches Bundesamt 2002 sowie eigene Berechnungen.⁴⁵

Eine verlängerte individuelle Altersphase braucht neue Ziele und Inhalte. „Sinnlosigkeit des Alters“ steht den veränderten demografischen und ökonomischen Bedingungen immer mehr entgegen.

Wenn Staat/Kommunen mittels einer sozial-kulturellen Infrastruktur nicht überall jene Bedingungen schaffen (Sport, Kultur, Bildung), die ein aktives Altern in seiner gesamten gewünschten Vielfalt ermöglichen, kann es nicht Anliegen z.B. ausschließlich der Arbeit von Sozialverbänden - wie der Volkssolidarität - sein, durch Bündelung von Kräften erforderliche Rahmenbedingungen zu schaffen bzw. zu verbreitern.

Unabhängig von Ost und West kann davon ausgegangen werden, dass lebenslange Arbeit, relativ hohe fachliche Qualifikation bei Männern und Frauen maßgeblich auch Einfluss auf das Bild vom Altern und auf die eigene Vorstellung von einzubringenden Aktivitäten und einen sinn-erfüllten Lebensabend haben. Unbestritten ist aber auch, dass es vor allem die eigenen Aktivitäten sind, die Lebenshaltungen und Lebensqualität im Alter bestimmen. Die sogenannten klassischen Gesprächsthemen Älterer - Krankheiten, Arztbesuche, Medikamente, Preise, Rente - spielen vor allem dann eine Rolle, wenn das Lebensspektrum auf die eigene Wohnung, das Fernsehen, das Einkaufen und den Arztbesuch begrenzt wird bzw. darauf beschränkt bleibt.

Aufgabe der Sozialverbände muss es daher sein, für Ältere nicht nur als sozialpolitischer Interessenvertreter zu fungieren, sondern gleichermaßen Organisator und Anlaufpunkt zu sein, um älteren Menschen über o.g. Horizonte hinausgehende Aktivitätsmöglichkeiten zu bieten. Das zahlt sich für die Verbände wirtschaftlich nicht aus, aber es lohnt sich.

3 *Altersorientierungen in der Arbeit der Volkssolidarität*

Die Volkssolidarität versteht Altern als einen Prozess, der ohne Betrachtung der Ursachen und Grundlagen, aus denen sich die soziale Stellung der älteren Menschen in der Gesellschaft ergibt sowie daraus abgeleiteter Normen und Vorstellungen vom Alter in der Gesellschaft, nicht möglich ist. Hierzu gehören die Lebensbedingungen älterer Menschen ebenso wie ihre sozialen Beziehungen, ihre Bedürfnisse, Interessen und Wertorientierungen, aber auch ihr Sozialverhalten. Die Hervorhebung des sozialen Aspekts verkennt keineswegs die Bedeutung der mannig-

faltigen körperlichen und psychischen Prozesse, sondern folgt dem Gedanken, dass auch die einzelnen Altersphasen nach dem Erwerbsaustritt sozial determiniert sind und nicht erst wieder die „Pflephase“.

Altern wird als ein lebenslang andauernder Prozess von biotischer, sozialer und psychischer Entwicklung des Einzelnen verstanden, der sich unter ganz unterschiedlichen Lebensbedingungen, aber innerhalb bestimmter gesellschaftlicher Verhältnisse vollzieht und zugleich auf Entwicklung und Entwicklungsniveau der Gesellschaft zurückwirkt - ob gewollt oder nicht.

Natürlich schließt das ein, dass menschliches Altern einen für den Einzelnen sehr unterschiedlich verlaufenden Prozess darstellt. Die Organe und Organsysteme des Menschen altern nicht gleichmäßig, sondern asynchron, d.h. zu unterschiedlichen Zeitpunkten. Das kalendarische Alter des Einzelnen korreliert oft nicht mit dem biologischen Alter, so dass es große individuelle Differenzierungen im Alternsverlauf gibt.

Die Volkssolidarität sieht Alterung immer als einen differenziert verlaufenden Prozess, der sich nicht einseitig nur als Tätigkeitsverlust, Funktionsminderung und Aktivitätsrückgang beschreiben lässt. Persönlichkeitsentwicklung setzt sich auch in einem Lebensalter fort, in dem das physische und psychische Leistungsvermögen auf bestimmten Gebieten nachlassen. Altern bedeutet nicht zwangsläufig Abnahme der sozialen Leistungsfähigkeit, sondern ist für fast alle Menschen eine wertvolle Lebensphase, die neue Lebensäußerungen und Beziehungen, Aufgaben und Erfahrungen ermöglicht. Sich darauf in der Verbandsarbeit einzustellen, macht es für das Ehren- wie Hauptamt oft schwierig, aber auch interessant.

Auch im Alter bestimmt einerseits das Verhalten des Einzelnen in hohem Maße seinen Lebensstil, seine persönliche Lebensführung und -gestaltung, bestimmen Tempo und Modalitäten des Alterns und beeinflussen Gesundheitszustand und Lebenserwartung. Andererseits wird die Qualität des Alterns maßgeblich von den von der Gesellschaft gesetzten Rahmenbedingungen - Alterssicherung, soziale und kulturelle Infrastruktur, gesellschaftliche Mitwirkungsmöglichkeiten - bestimmt.

Generell gilt auch für die VS - wie bereits festgestellt - dass sich ein Mitgliederverband mit einer Vielfalt an unterschiedlichen Sozialisatio-

nen, weltanschaulichen Positionen, politischen Orientierungen und Lebenslagen weder historisch noch bezogen auf den status quo mittels eines einzigen Altenbildes charakterisieren lässt, schon gar nicht im historischen Zeitverlauf.

Aus den offiziellen Dokumenten (Gründungsaufrufe/Satzungen) und den real verlaufenden Prozessen der Verbandsarbeit lassen sich vier Phasen von politischen/sozialpolitischen Orientierungen in der Alten-/Seniorenarbeit in der VS festmachen:

- Die Phase der Gründungen in den Ländern und auf kommunalen Ebenen bis Anfang der 50er Jahre, die vor allem geprägt war von einer Haltung der Hilfe und Unterstützung gegenüber Älteren, Kranken, Umsiedlern und Kindern.⁴⁶ Zunächst weitgehend frei von politischen „Vorgaben“ entwickelten sich parteien- und konfessionsübergreifende Aktionsbündnisse der „Volkssolidarität“, welche im Rahmen der allgemeinen Notsituation in fast allen Lebensbereichen sich auch um Ältere als eine „Zielgruppe“ kümmerten.

Dementsprechend finden sich in den Gründungsdokumenten der Volkssolidarität in ihren zunächst föderalen Strukturen (1945/1946) ebenso wie in ihrer ersten Satzung (1949) Aussagen, welche auf einem breiten Bündnis der Träger der VS mit ihren spezifisch weltanschaulich unterschiedlichen Vorstellungen beruhen und auf Hilfe und Unterstützung Bedürftiger, darunter speziell auch älterer Bürger, orientieren.

Altenarbeit war - so die Satzung von 1949⁴⁷ - ein wichtiger Aspekt der Tätigkeit der Volkssolidarität, insbesondere durch die

- Einrichtung und Betreuung von Altersheimen (Feierabendheimen) sowie die
- Durchführung der freiwilligen Hauswirtschaftspflege und Nachbarschaftshilfe.

- Die Phase von Anfang der 50er Jahre bis Anfang der 70er Jahre, die insbesondere auf Solidarität und Unterstützung älterer Menschen ausgerichtet war und den Verband von seiner professionellen Gesundheitsbetreuung und Pflege durch Entzug der materiellen Basis für sozialpflegerisches Wirken (Gesundheitseinrichtungen) trennte. Es war zugleich die Phase der beginnenden „einheitlichen“ Orientierung auch der Altenarbeit auf zentrale Vorgaben der Partei (SED)

und deren Einfluss verstärkte - bei Zurückdrängung z.B. religiöser Zielvorstellungen seitens der Kirchen. Trotzdem bedurfte es des Wirkens der VS, die sich zunehmend ausschließlich auf die Altenarbeit konzentrierte. Damit erfolgte zugleich eine Konzentration auf die kommunale Ebene, während die Gewerkschaften (FDGB) für die Seniorenbetreuung in den Betrieben verantwortlich waren.

Im Gegensatz zur Bundesrepublik, wo es „vor allem die Mitglieder des Deutschen Bundestags (sind), die als wichtige politische Entscheidungsträger“ die Altersbilder und die Lebensverhältnisse älterer Menschen beeinflussen,⁴⁸ waren es in der DDR die Führungsgremien der SED als herrschende Partei, welche Ziele und Aufgaben bis ins Detail festlegten.

Zugleich wurden jedoch vor allem in medizinischen und sozialpolitischen Forschungseinrichtungen detaillierte Analysen und Bewertungen zur Situation älterer Menschen erarbeitet, die - soweit sie in Aufgabenableitungen münden - jedoch nur wenige Umsetzungen im politischen Raum finden.

- Die Phase Anfang der 70er Jahre bis Ende 1989, die im Ergebnis des Orientierungswechsels auf stärkere sozialpolitische Aufgaben (Akzeptanz von Sozialpolitik/Bevölkerungspolitik/Altenpolitik) zugleich mit der Förderung der aktiven Teilnahme älterer Bürger am gesellschaftlichen Leben verbunden war.⁴⁹

Das schloss die Orientierung auf höhere Aktivitäten der Mitglieder im breitesten Sinne von Erwerbsarbeit, Erfahrungsvermittlung bis zu aktiver kultureller Arbeit sowie Betreuung Älterer ein.

Im Zusammenhang mit der Neuorientierung in der Politik mit und gegenüber älteren Bürgern wurde auch die Volkssolidarität darauf orientiert, sich stärker sozialen und kulturellen Aktivitäten mit und für ältere Bürger einzusetzen (allerdings auch hier eine besondere Orientierung auf Aktivitäten im Wirtschaftsbereich). Dem entsprach der Beschluss für ein neues Leitbild,⁵⁰ welches mit dem sog. Dreiklang „Tätigsein - Geselligkeit - Fürsorge“ auf Integration durch eigenes aktives Handeln sowie kulturelle Aktivitäten setzt, ohne notwendige Fürsorge für Ältere außer Acht zu lassen.⁵¹ Erst Mitte der 90er Jahre (1997) musste die Volkssolidarität auf diese Orientierung

aus „steuerrechtlichen Gründen“ - um die Gemeinnützigkeit nicht zu verlieren - verzichten.

Mitte der 70er Jahre wird auch satzungsmäßig⁵² die Orientierung der Altenarbeit zum Hauptinhalt bei gleichzeitiger festgeschriebener Zuordnung unter die Parteivorgaben:

- Einbeziehung der älteren Bürger in die ... gesellschaftlich nützliche Tätigkeit zur Erfüllung der Volkswirtschaftspläne,
- geistig-kulturelle Betreuung der Veteranen der Arbeit und Rentner sowie ihre künstlerische Betätigung in Zirkeln und Interessengemeinschaften durch die Ortsgruppen, Klubs und Treffpunkte,
- Beglückwünschung älterer Bürger anlässlich von Geburtstagen, Jubiläen und Auszeichnungen,
- Betreuung pflegebedürftiger älterer Bürger durch Nachbarschaftshilfe, Hauswirtschaftspflege und die Versorgung mit Mittagessen in Klubs und Treffpunkten der Volkssolidarität, in Betrieben und gesellschaftlichen Speiseeinrichtungen,
- Mitwirkung bei internationalen Solidaritätsaktionen,
- Mithilfe bei der Unterstützung solcher Bürger, die von Naturkatastrophen oder anderen Notfällen betroffen wurden.

Insgesamt wird durch das Wirken der Volkssolidarität bis 1990 vor allem für viele ältere Bürger erforderliche Lebensqualität ermöglicht und gesichert.

- Die Phase der Neustrukturierung der Volkssolidarität im Ergebnis der Vereinigung mit einer wieder zunehmenden breiten Orientierung auf Hilfe und Bedürftigkeit sowie einer Einordnung in das System der Wohlfahrtsarbeit der Bundesrepublik.

Die Volkssolidarität trägt maßgeblich dazu bei, dass die seinerzeit von den heutigen Generationen der Älteren getragenen friedlichen Revolution mit ihren freiheitlich-demokratischen Zielen sich auch in der Altenarbeit der neuen Länder reflektiert.⁵³

Die VS war in diesen Jahren vor allem Wegbegleiter vieler älterer Menschen in eine neue, andere Soziallandschaft mit unbekanntem Rechten unter veränderten gesetzlichen Regelungen, half den Menschen, sich in den ungewohnten gesellschaftlichen Verhältnissen zu-

rechtzufinden und erschloss mit ihnen neue Aktivitätsfelder - wie das Reisen zum Kennenlernen anderer Länder und Kulturen.

Mit dem Auf- und Ausbau eigener Pflegedienste in den einzelnen Kreisverbänden erweiterte sie ihr Feld sozial-betreuerischer Tätigkeit. Zugleich entwickelte sie von Anbeginn eine vor allem auf die Lebensverhältnisse älterer Bürger orientierte Interessenvertretung. Sie forderte notwendige Angleichung der Lebensverhältnisse ebenso wie Akzeptanz von Unterschiedlichkeiten.

Mit der Herausgabe von jährlich erscheinenden Alten- und Sozialreporten beginnt sie bereits 1990⁵⁴ eine eigenständige Interessenvertretung, in denen sie sich bereits 1990/1992 nicht nur mit den Lebensverhältnissen und ihrer Veränderung, sondern auch mit Altersbildern in der DDR und BRD auseinandersetzt. In einer Vielzahl von sozialpolitischen Positionen zur Seniorenarbeit, zur Pflege, zur Rentenentwicklung und Alterssicherung sowie drohender Altersarmut erreicht sie Achtung und Anerkennung bei den Bürgern.

Mit ihrer Einordnung in das bundesdeutsche Sozial- und Wohlfahrtssystem muss sie sich einer Altersarbeit stellen, in welcher soziale Sicherheit immer weniger vom Staat und solidarischer Fürsorge und Verantwortung realisiert werden soll, sondern immer mehr durch private Vorsorge und Individualisierung des Sozialen.

Seit Beginn des neuen Jahrtausends bis in die Gegenwart erfolgt eine verstärkte Anpassung der VS an die sich aus der Alterung der Gesellschaft ergebenden Konsequenzen für die Arbeit des Mitgliederverbandes, die betreuende und pflegerische Arbeit verbunden mit zunehmender zielgerichteter Interessenvertretung aufgrund des von der rot-grünen Koalition eingeleiteten Sozialab- und -umbaus.

Auch die Volkssolidarität muss sich - wie andere Verbände, Organisationen und Parteien - als größter Sozial- und Wohlfahrtsverband im Osten Deutschlands auf die veränderten Rahmenbedingungen der mit dem Altern verbundenen Prozesse in mehrfacher Hinsicht einstellen und gegebene Orientierungen neu überdenken. Dabei konzentriert sie ihre damit verbundenen Bemühungen vor allem auf die Überwindung einseitiger „Altersorientierungen“ und sieht ihre Aufgaben vor allem in Folgendem:

Erstens in den Konsequenzen, welche sich aus der Verlängerung der aktiven Lebensphase im Alter für den Mitgliederverband ergeben. Eine immer vielfältigere Interessenstruktur der älteren Bürger entsteht nicht am Tag des Ausscheidens aus dem Erwerbsprozess, sondern bereits lange vorher. Obwohl viele Menschen bereits in Interessengruppen, in Vereinen und Verbänden organisiert sind, gibt es einen nicht unbedeutenden Teil, welcher keine bzw. wenig Vorstellungen darüber hat, wie die Phase aktiven Ruhestandes gestaltet werden könnte. Hier vor allem ist ein Aufgabenfeld für Sozialverbände, mit ihrem Wirken Rahmenbedingungen für eine sinnvolle Betätigung und damit soziale Integration zu schaffen. Dazu bedarf es zugleich eines engagierten Ehrenamtes, welches seine Verbandsarbeit auf die unausweichlichen Veränderungen einstellt und damit Kontinuität und Erneuerung gewährleistet.

Zum *Zweiten* bedarf es einer verstärkten generationenübergreifenden „Altenarbeit“. Eine zunehmende Zahl älterer Menschen darf nicht dazu führen, eine einseitige - ausschließlich auf heutige „Alte“ - konzentrierte Verbandsarbeit zu entwickeln. Die Orientierung auf „künftige Ältere“ ist notwendig im Sinne von „Altern in und mit der Volkssolidarität“. Das Bekenntnis zu einer generationenübergreifenden Arbeit kann in Bundes- und Landes-Satzungen und -beschlüssen generell und im Detail, in umfangreichen Ausarbeitungen oder in Kurzfassung festgelegt werden, umgesetzt werden muss es auf jener Ebene, wo die Bürger leben, d.h. in Dörfern, Kommunen und Städten. Generationenübergreifendes Wirken erfordert aber auch, den spezifischen Interessen der unterschiedlichsten Altersgruppen in der Verbandsarbeit Rechnung zu tragen.

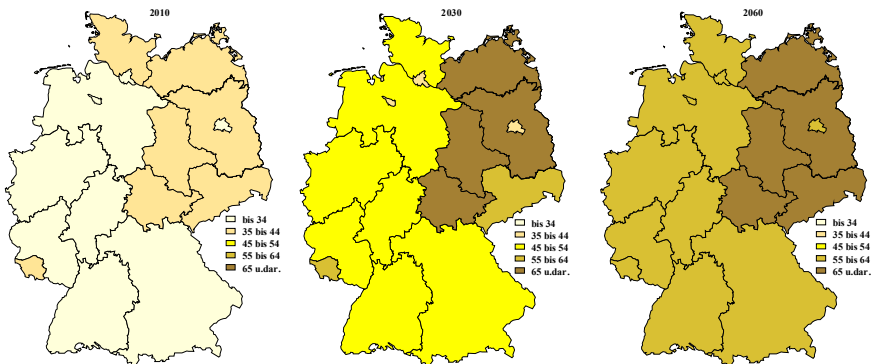
Drittens heißt Alterspolitik auch, sich einer, den veränderten Bedingungen entsprechenden aktiven Familienpolitik zuzuwenden. Das beginnt mit einer Familienpolitik, welche kinderfreundlich ist und vorhandene Kinderwünsche realisierbar macht, das schließt speziell im Osten solche Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisse ein, welche die immer noch zu hohe Abwanderung eingrenzen, und reicht bis zu weitergehenden Überlegungen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Pflege. Das heißt zusammenfassend, dass die Volkssolidarität davon ausgeht, dass Altern der Gesellschaft ein gestaltbarer Prozess ist - aber nur dann, wenn er aus Sicht der Bürger aller Generationen realisiert wird.

4 *Zwei Alter in Deutschland?!*

Als Anfang 1990 im Ergebnis der ersten von der Volkssolidarität in Auftrag gegebenen Alten-/Seniorenreports hervorgehoben wurde, dass es auch nach der Vereinigung Deutschlands noch über viele Jahre/Jahrzehnte zwei unterschiedliche „zwei deutsche Alter“ geben wird⁵⁵ fand das wenig bzw. kaum Resonanz.

Den in Ost wie West verlaufenden Angleichungsprozessen stehen andererseits jedoch vor allem unterschiedliche Entwicklungen in den Altersstrukturen gegenüber, die seit 1990 wirken und noch über Jahre/Jahrzehnte wirken werden. Der radikale Geburtenrückgang in den neuen Ländern sowie die bis in die Gegenwart anhaltende Abwanderung - insbesondere jüngerer Menschen - führen zu deutlich höheren Anteilen älterer Bürger in der Gegenwart sowie der näheren und fernerer Zukunft. Der Wandel bis 2060 ist aus dem Vergleich der Abbildungen eindeutig sichtbar: Die Bevölkerung altert - in den alten Konturen. Ehemalige Grenzziehungen treten wieder deutlich hervor, aus der bis 1990 jüngeren Bevölkerung der neuen Bundesländer ist bereits gegenwärtig und sich weiter verschärfend die ältere geworden.

Abbildung 1: Altenquotient 2010, 2030 und 2060* - 65-Jährige und Ältere je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren -



* Ergebnisse der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante: Obergrenze der „mittleren“ Bevölkerung)

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ergebnisse der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2010, Tabelle: 1-W2 Länder AQ

Zugleich wird im Ost-West-Vergleich erkennbar, dass einerseits im Osten bereits gegenwärtig auch der Anteil der 50- bis 65-Jährigen deutlich höher ist als im Westen. Der allgemeine Alterungsprozess in Deutschland vollzieht sich in den neuen Ländern in höherem Tempo und wird nachhaltige Wirkungen auf die ökonomische und soziale Entwicklung haben, auf die sich die einzelnen Bundesländer bereits heute einstellen müssen. Es sollte aber auch nicht übersehen werden, dass rd. 2,7 Millionen, vor allem jüngere Menschen, darunter vor allem gut ausgebildete Frauen, die neuen Bundesländer allein seit 1991 verlassen haben, mit Langzeitwirkungen auf Alterung, soziale Kommunikation und Pflegepotenziale bis in die Mitte des jetzigen Jahrhunderts.

Während Ostdeutschland durch die Binnenwanderung von Ost nach West zum Jungbrunnen Westdeutschlands geworden ist, werden in bestimmten Regionen der neuen Bundesländer die Verwandtschaftsnetze ausgedünnt und familiäre Generationen räumlich getrennt. Damit verringern sich für Eltern und Großeltern jene Opportunitätsstrukturen, entsprechend ihren Bedürfnissen die von ihnen gewünschten und emotional bedeutsamen Beziehungen zu Kindern und Enkeln aufrecht zu erhalten, zu pflegen und zur Bildung und Erhaltung des Humanvermögens ihren unmittelbaren Beitrag zu leisten. Aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive kommt es in bestimmten Regionen zu einer quantitativen Verschiebung von Human- und Sozialpotenzialen.

Diese ursächlich auf wirtschaftlichen Entwicklungen beruhenden Veränderungen lassen es plausibel erscheinen, dass sich in bestimmten Regionen soziokulturelle Milieus ausdifferenzieren, mit regionalen Variationen von familialen Generationenbeziehungen, die sich durch Lebenslagen, Lebensformen und -perspektiven, aber auch Sinndeutungen und individuelle und gesellschaftliche Altersbilder von anderen quantitativ und qualitativ unterscheiden werden.

Die damit zusammenhängenden Probleme zu lösen, kann und darf nicht nur auf die kommunale Politik „delegiert“ werden. Es bedeutet für viele ländliche Gebiete in den neuen Ländern eine „Ausdünnung“, d.h. einen überproportionalen Altenanteil mit allen Problemen der Sicherung von Lebensqualität für jüngere wie ältere Menschen in diesen Regionen. Wenn in einzelnen Printmedien die Selbsterhaltungs- und Selbststhei-

lungskräfte ländlicher Regionen im Osten beschworen werden, welche den Wirkungen staatlicher „Schrumpfpolitik“ entgegenstehen sollen (u.a. mit Siedlungen für ältere Menschen, sog. Seniorendörfer)⁵⁶, so wird übersehen, dass im Gegensatz zu vergleichbaren Dörfern der alten Bundesländer die Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation im Umfeld nicht hinreichend ist, um Jugend überhaupt halten zu können, so dass Abwanderung, familiäre Trennungen und dadurch beförderte Alterung anhalten werden.

Inzwischen ist unbestritten und auch in offiziellen Dokumenten des Statistischen Bundesamtes nachlesbar, dass es in Deutschland zwei Teilgesellschaften gibt - eine Teilgesellschaft Ost und eine Teilgesellschaft West⁵⁷, deren Zusammenwachsen keineswegs abgeschlossen ist. Diese Aussage gilt auch und insbesondere für die älteren Generationen. Inzwischen fasst die Politik weitere 10 bis 20 Jahre ins Auge⁵⁸ - so im Koalitionsvertrag von CDU-CSU-FDP vom Oktober 2009, in dem es heißt: „Wir halten an der Zielsetzung fest, die Lebensverhältnisse in Deutschland bis 2019 bundesweit weitgehend anzugleichen.“⁵⁹ Im Gegensatz dazu orientieren Dokumente der Bundesregierung zur Einkommens- und Rentenangleichung immer noch auf Zeiträume bis 2030.⁶⁰

Es hat sich inzwischen als unbestrittene Tatsache herausgestellt, dass keine kurzfristige Anpassung an die Lebenslagen und Lebensverhältnisse in den alten Bundesländern erfolgt, wie von vielen angenommen und zunächst euphorisch angenommen und zugesagt, sondern es zeichnet sich nach wie vor ein langwieriger Prozess der Angleichung/Annäherung ab, der zum Teil sogar wieder zunehmende Differenzierungen einschließt.

Für viele Menschen im Osten ist und war der Wandel nicht nur mit einer Neuorientierung, sondern auch mit einer von außen vorgenommenen Neubewertung ihres bisherigen Lebens verbunden, die in der Regel nicht nur als abwertend empfunden, sondern auch abwertend geäußert wurde. Das betrifft Qualifikationen, erworbene Berufsabschlüsse und Kenntnisse ebenso wie ehrliches Engagement.

So richtig die Feststellung ist, dass das „Wirtschaftswunder“ im Westen auf der Leistung der heutigen älteren Generation in den alten Bundesländern beruht, ist aber auch genauso richtig, dass sich das von den an-

deren Ländern Osteuropas abhebende Lebensniveau in der DDR - trotz massiver Reparationsleistungen - Ergebnis des Leistungswillens und der Leistungsfähigkeit der heutigen Generationen über 50 Jahre ist.

Wenn immer noch von zwei „deutschen Altern“ gesprochen werden kann, so sind ohne Zweifel auch erfolgte neue Entwicklungen zu beachten.⁶¹

- Einerseits hat sich natürlich eine Angleichung im materiellen Lebensniveau und in den Lebensverhältnissen vollzogen (vgl. Tableau) die keineswegs gering geschätzt wird. Zugleich wurde in den vergangenen Jahren der Angleichungsprozess weitgehend ausgesetzt, so dass sich in vielen Lebensbereichen (Erwerbseinkommen, Alters-einkommen, Lebenszufriedenheit, Hoffnungen/Befürchtungen) die Ungleichheiten stabilisierten, zum Teil sogar leicht vergrößerten.
- Zwei deutsche Alter beruhen keineswegs nur auf unterschiedlichen Einkommensverhältnissen, sondern auch - mit abnehmender Tendenz - auf unterschiedlichen Lebenserfahrungen in Bezug auf Arbeit, auf den Zugang zu Bildung und Kultur, in Bezug auf Freiheit und soziale Sicherheit, hinsichtlich der Gleichheit des Zugangs zu sozialen und gesundheitlichen Leistungen, auf unterschiedlichen Vermögens- und Eigentumsstrukturen, auf sich unterscheidenden Erfahrungen im Umgang mit der Macht, mit der Möglichkeit, seine Interessen einzubringen, auf sich unterscheidendem Umgang der Menschen miteinander und multikulturellen Erfahrungen. Die beiderseitige Akzeptanz von unterschiedlich gelebtem Leben, ohne Pauschalverklärung oder Pauschalverurteilung, ist eine wichtige Bedingung für das gemeinsame Miteinander.
- Zwei deutsche Alter schließen zugleich als Bedingung gesellschaftlicher Entwicklung regionale Vielfalt ein, die es zu gestalten, vor allem aber in Ost wie West zu akzeptieren gilt.⁶² Im Raumordnungsgesetz ist festgeschrieben, dass „die prägende Vielfalt des Gesamt-raumes und seiner Teilräume zu sichern“⁶³ ist. Das schließt u.a. ein:
 - soziale Strukturen, welche von der Tradition bzw. dem Wirtschafts- und Lebensstandort geprägt sind und eigenständige „Milieus“ hervorbringen aufgrund unterschiedlicher Bildungs-, Schicht-, Berufsstrukturen usw.;

- Vielfalt der sozialisationsbedingten „Leitbilder“ (Haltung zu Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung, weltanschauliche Strukturen, gleichgeschlechtliche Partnerschaften, Zusammenleben ohne Trauschein, Anteil Alleinerziehender);
- Vielfalt der politischen und Vereins-/Verbandsstrukturen, welche - ohne Akzeptanz faschistischer oder rechtsextremer Strukturen - Meinungs- und Organisationsvielfalt belegen. Klassische Ost-West-Strukturen sind u.a.: Kleingartenstrukturen, Sportstrukturen, Wohlfahrtsstrukturen (Beispiel Volkssolidarität konzentriert im Osten, SoVD und VdK im Westen).

Eine vergleichende Analyse der Lebenslagen und Lebensbedingungen zwischen Ost und West verdeutlicht:⁶⁴

Ältere in Ost und West erfassen jeweils jene Jahrgänge, welche in hohem Maße die wirtschaftliche und politische Entwicklung der letzten 30 bis 40 Jahre getragen haben und zum Teil noch tragen. Die Bürger dieser Jahrgänge schufen insgesamt nicht nur einen bedeutenden Beitrag zum jetzigen gesamtdeutschen Volksvermögen und kulturellen Reichtum, sondern trugen auch dazu bei, das von ihrer Elterngeneration Geschaffene zu verwalten und zu vermehren. Sie sind zugleich vor allem geprägt durch völlig unterschiedliche Sozialisationen in der DDR bzw. BRD sowie die damit verbundenen Erwerbsverläufe vor und nach 1990. Damit verbunden sind nach wie vor existente unterschiedliche Wertestrukturen insbesondere hinsichtlich sozialer und politischer Grundwerte (soziale Sicherheit, Freiheit), aber auch bezogen z.B. auf den Stellenwert von Arbeit, Vereinbarkeit oder Religion.

Zugleich sind die heute Älteren im Osten - obwohl die eigentlichen Träger der friedlichen Revolution und des deutschen Vereinigungsprozesses - bis in die Gegenwart die von der Vereinigung am wenigsten partizipierenden Jahrgänge. Auch nach mehr als zwanzig Jahren deutscher Einheit ist der Angleichungsprozess nur in Teilgebieten vollzogen, in anderen (Einkommen/Rente) bis in die Gegenwart nicht und auch nicht in erkennbarer zeitlicher Nähe, was insbesondere diese Jahrgänge betreffen wird. Die Rentnerjahrgänge von 1990 mit einem enormen „Einheitsgewinn“ werden durch Jahrgänge mit zunehmender Ungleichheit ersetzt.

Tabelle 2: Angleichung der Lebensverhältnisse - DDR/neue Länder/früheres Bundesgebiet/alte Länder -

Angleichungsfeld	ME	1989/1990/1991				derzeitiger Stand				
		Jahr	Ost	West	Ost/West %	Jahr	Ost	West	Ost/West %	
Bevölkerung										
Einwohner	in Millionen	1989	16,4	62,7	26,2	2010	14,1	67,7	20,8	
Durchschn. Geburtenziffer	Kinder/Frau	1990	1,52	1,45	104,8	2009	1,4	1,35	103,7	
Lebenserwartung	- Männer	M Jahre	1989	70,1	72,7	96,4	2007/09	76,3	77,6	98,3
	- Frauen	F Jahre	1989	76,4	79,0	96,7	2007/09	82,4	82,6	99,8
Altenquotient	üb. 60-Jährige %	1990	18,8	20,8	90,4	2009	27,8	25,4	109,4	
Ausländeranteil	Prozent	1991	0,8	8,0	10,0	2010	2,4	9,8	24,5	
Wirtschaft										
BIP je Einwohner	Euro	1989	12.516	22.550	55,5	2010*	22.384	32.340	69,2	
BIP je Erwerbstätige	Euro	1989	21.334	47.678	44,7	2010*	49.904	64.077	77,9	
Volkseink. (Erwerbs-/Verm.eink.)	Euro/Einw./Jahr	1991	6.708	16.902	39,7	2009	15.562	23.395	66,5	
Lebensverhältnisse										
Bruttolöhne/Gehälter*	Euro/Jahr/Arb.n.	1991	11.097	21.763	51,0	2010	23.211	29.202	79,5	
vereinbarte Arbeitszeit	Std./Woche	1990	40,2	38,4	104,7	2010	39,5	38,7	102,1	
Rentenzahlbetrag (Altr./Neuz.)	Euro	1989	230	581	40,0	2010	766	655	116,9	
HH-Nettoeinkommen*	Euro/Monat	1990	835	1343	62,2	2009	2.319	3.027	76,6	
verfügbares HH-Eink.*	Euro/Einw.	1991	7.145	13.779	51,9	2009	15.777	19.783	79,7	
Sparquote*	Prozent	1989	4,8	12,4	38,7	2009	10,0	11,4	87,7	
Wohneigentum	Prozent	1989	27	39,3	68,7	2008	33	46	71,7	
Wohnungsgröße	qm/Wohn.	1990	64	86	74,4	2010**	73,4	90,5	81,1	
HH-Ausstattung/PKW	Grad/100 HH a)	1988	48	76,1	63,1	2010**	70,2	79,6	88,2	
Telefon	Grad/100 HH a)	1988	17,2	96,8	17,8	2010**	99,9	99,3	100,6	
subj. SchichtEinstufung	Mittelschicht %	1993	42	58	72,4	2010	41	52	78,8	
Arbeitsmarkt										
Erwerbstätige	in 1000	1991	6.759	30.153	22,5	2010	5.738	33.015	17,5	
Arbeitnehmer	in 1000	1991	6.451	27.098	23,8	2010	5.158	29.462	17,5	
Arbeitslosenquote	Prozent	1990	10,3	6,3	163,5	2010	12,5	6,9	181,2	
Infrastrukturen										
Kind.betr. (Kita 0 bis 7 J.) unter 3 J.	Prozent	1989***	86	35	246	2010	48,0	17,3	277,5	
						2010	95,2	91,6	103,9	
Krankenhausbetten	je 100.000 Einw.	1989	980	1.079	91	2009	654	639	102,3	
		1989	409	333	123	2009	284	246 b)	115,4	
Kultur										
Abitur	Prozent	1990	11,7	16,4	71,3	2009	22,6	25,8	87,6	
Facharbeiter	Prozent	1991	76,1	60,6	125,6	2009	55,9	49,2	113,6	
Mitgl. in Organisationen	% erw. Bev.	1992	53	63	84,1	2010	48	55	87,3	
Ehrenamt in Vereinen	Prozent	1990	27	27	100	2009	31	36	86,1	
Mitgl. in Sportvereinen	Prozent	1988	21,9	29,4	74,5	2010	14,1	31,9	44,2	
Religion - konfessionslos	Prozent	1991	73	11	664	2010	78	31	252	

* ohne Berlin ** neue Länder und Gesamtberlin *** FBG geschätzt

a) je 1.000 Einwohner b) FBG und Berlin

Aktualisierte Fassung von Gunnar Winkler: Einführung Kurzfassung, Sozialreport 50+ 2011, erarbeitet vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. im Auftrag des Bundesverbandes Volkssolidarität e.V., Berlin 2011, S. 6

Trotz der durchgängig anerkannten erfolgten Veränderungen unterscheiden sich nicht nur die Bewertungen und die Mentalitäten, sondern sind auch die Erwartungen und Hoffnungen ebenso wie Befürchtungen und Ängste auf die Zukunft unterschiedlich. Nicht zuletzt aufgrund von Ungerechtigkeiten, die sich z.B. aus den nach wie vor existierenden zwei Rentenrechtssystemen Ost und West sowie einem geteilten Arbeitsmarkt und stark zunehmenden Tendenzen der Altersarmut ergeben. Nachfolgende Tabelle 3 vermittelt dies anhand ausgewählter Indikatoren.

Es muss dabei jedoch betont werden, dass es seitens der Mehrheit der älteren Ostdeutschen weder unreaale „Angleichungsvorstellungen“ gibt noch Neid. Es sind Unterschiede, die zum Teil historisch gewachsen sind, da in der DDR Möglichkeiten und gesellschaftliche Leitbilder nicht auf die Anhäufung von Vermögen gerichtet waren und auch nur in geringem Maße realisiert werden konnten, im Gegensatz zu Vermögen im Westen, die - zumindest in ihrer Mehrheit - auf eigener und familiärer Arbeitsleistung über Jahrzehnte beruhen.

Die Einkommens-/Vermögensverhältnisse werden sich noch über viele Jahrzehnte - zum Teil verstärkt durch neue Rentner- und Erbengenerationen - zwischen Ost- und Westdeutschland unterscheiden und eine Spezifik des Alters zwischen Ost und West ausmachen, die nicht mit Unterschieden zwischen Schleswig-Holstein und Bayern vergleichbar sind, da sie die gesamte Region der neuen Bundesländer flächendeckend betreffen. Gerade deshalb ist eine Angleichung z.B. des aktuellen Rentenwertes Ost an West - wie von der Volkssolidarität ständig gefordert - eine notwendige Bedingung der Vollendung der Einheit nicht nur für heutige, sondern vor allem für künftige Ältere.

Die älteren Bürger anerkennen den in den vergangenen Jahren erreichten grundlegenden Wandel in vielen Bereichen. Das gilt im Besonderen für das erreichte Waren- und Dienstleistungsangebot, veränderte Wohnverhältnisse und -bedingungen, die Gestaltung freiheitlich-demokratischer Verhältnisse sowie neuer Freiheiten in Bezug auf Reisen und eine selbstbestimmte Lebensgestaltung. Aber Akzeptanz und Anerkennung erreichter Erfolge dürfen nicht ausschließen, sich kritisch zu verhalten, Missstände zu benennen, Rückstände anzuprangern, um sie zu überwinden.

Tabelle 3: Ausgewählte Bewertungen von Lebenslagen älterer Bürger - 2011 - nach Regionen und Altersgruppen⁶⁵ -

Inhalt/Indikator	Level	ME	NBL + Berlin-Ost		NRW	
			50-65 Jahre	65 Jahre u.ält	50-65 Jahre	65 Jahre u.ält
allgemeine Lebenszufriedenheit	sehr zufrieden/zufrieden	%	43	59	48	69
individuelle wirtschaftliche Lage	sehr gut/gut	%	30	39	37	47
Bedürfnisbefriedigung möglich	ja	%	27	30	36	45
Grundwert Freiheit	sehr wichtig	%	39	54	56	72
Grundwert soziale Sicherheit	sehr wichtig	%	55	65	41	45
Einheit - Gewinne	vor allem/mehr Gewinn	%	40	42	36	38
Einheit - Verluste	vor allem/mehr Verlust	%	28	15	35	25
Fühlen als Bundesbürger		%	23	28	75	83
Verbundenheit mit BRD	sehr stark/stark	%	45	50	67	81
Vertrauen in Bundestag	volles/viel Vertrauen	%	12	15	23	25
Vertrauen in Bundesregierung	volles/viel Vertrauen	%	12	21	15	25
zur Mittelschicht zuordnend		%	43	42	50	49
politisches Interesse	sehr stark/stark	%	32	41	37	40
ohne jegliche Vereinsmitgliedschaft		%	38	29	11	3
Religionszugehörigkeit	ja	%	17	37	74	85
zu viel Ausländer in Deutschland	volle Zustimmung	%	40	37	36	40
indiv. Nettoeinkommen		Euro	1.242	976	1.618	1.354
HH-Nettoeinkommen		Euro	2.125	1.544	2.378	1.944
Äquivalenzeinkommen		Euro	1.370	1.102	1.591	1.414
armutsgefährdet	60 v. Median	%	30	24	20	16
Erfahrung mit Arbeitslosigkeit	nein - Frauen	%			42	
	nein - Männer	%			40	
Erwerbstätigkeit in Partnerhaushalten	beide erwerbstätig	%	54		29	
Wohnungsgröße		qm	85	73	86	87

Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

Bezogen auf die unmittelbar nach 1990 getroffene Aussage zur Existenz „zweier deutscher Alter“ ist offensichtlich, dass diese Aussage vor allem aufgrund der Unterschiedlichkeit von Lebensverhältnissen und Befindlichkeiten der künftigen Seniorengeneration, auch noch 2011 und Jahre darüber hinaus - trotz erfolgter partieller Entwicklungen - ihre Gültigkeit behalten wird. Die Anerkennung dieses Tatbestandes ist kein Förderungsprogramm hinsichtlich einer Angleichung im Sinne der formalen Übernahme westlicher Standards und Strukturen in allen Bereichen des Lebens, sondern Reflexion vorhandener Unterschiede und Ungleichheiten, die aus unterschiedlichen Entwicklungen in den beiden Teilsellschaften resultieren und Teil der Lebensverhältnisse in beiden Regionen sind. Dabei geht es nicht um eine regionale Vielfalt missachtende Angleichung oder ihre „ideologische“ Abwertung, sondern um den notwendigen Prozess der keineswegs hinreichend vollzogenen Integration beider Teilsellschaften.

- ¹ Vgl. hierzu Sechster Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland, Altersbilder in der Gesellschaft - Bericht der Sachverständigenkommission an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin 2010, BT-Drucksache 17/3815 S. 43 ff.
- ² Eine zusammenfassende Darstellung der Geschichte von Altersbildern vgl.: Borscheid, P.: Geschichte des Alters: 16.-18. Jahrhundert, Coppenrath, Münster 1987.; Tews, H.P.: Altersbilder - über den Wandel und Beeinflussung von Vorstellungen und Einstellungen zum Alter, Kuratorium Deutsche Altershilfe, Köln 1991.
- ³ Vgl. hierzu Sechster Altenbericht der Bundesregierung, a.a.O.
- ⁴ Vgl. Die Lebenstreppe - Bilder der menschlichen Lebensalter, Schriften des Rheinischen Museumsamtes, Nr. 23, Köln 1983.
- ⁵ Vgl. Tews, H.P.: Altersbilder - über den Wandel..., a.a.O., S. 62.
- ⁶ Die im Jahre 1938 von dem Internisten Max Bürger in Leipzig gegründete „Deutsche Gesellschaft für Altersforschung“, die 1939 in „Deutsche Gesellschaft für Altersforschung“ umbenannt worden war, wurde im Nachkriegsdeutschland in der DDR bis 1964 zunächst weitergeführt. 1966 wurde die „Gesellschaft für Altersforschung der DDR“ gegründet (ab 1977 „Gesellschaft für Gerontologie der DDR“) und 1969 der erste Lehrstuhl für Innere Medizin und Gerontologie an der Universität Leipzig eingerichtet. Trotz schwieriger Arbeitsbedingungen entwickelte sich die gerontologische Forschung, wobei besonders der Gedanke der Interdisziplinarität der Gerontologie die Arbeit bestimmte (entnommen aus DGGG-online.de: wir über uns).
- ⁷ „Altenreport '90: Zur sozialen Lage von Altersrentnerinnen und Altersrentnern in der DDR“, erstellt im Auftrag des Hauptvorstandes der Volkssolidarität e.V. vom Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften. Themenverantwortlicher: Klaus-Peter Schwitzer, veröffentlicht in: Blätter der Wohlfahrtspflege - Deutsche Zeitschrift für Sozialarbeit (Sonderausgabe) 10+11/1990, S. 6.
- ⁸ Vgl. Röhl, E.: Neudeutscher Mindestwortschatz. Berlin 1986, S. 109.
- ⁹ Vgl. Heinemann, M.: Kleines Wörterbuch der Jugendsprache, Leipzig 1990, S. 43 f.
- ¹⁰ Vgl. hierzu Sozialpolitische Richtlinien der SED vom 30.12.1946.
- ¹¹ Lampert, Heinz: Lehrbuch der Sozialpolitik, Springer Verlag Berlin/Heidelberg/New York 1991, S. 117.
- ¹² Entnommen aus Winkler, Gunnar: Ziele und Inhalte der Sozialpolitik in der DDR, in: Sozialpolitik in der DDR - Ziele und Wirklichkeit (Hrsg.: G. Manz/E. Sachse/G. Winkler), trafo verlag, Berlin 2001, S. 15 ff.
- ¹³ Vgl. hierzu: Sechster Altenbericht der Bundesregierung, a.a.O, S. 100.
- ¹⁴ Vgl. hierzu auch Schwitzer, Klaus-Peter: Das Altersbild der Gesellschaft, im ersten im Auftrag der Volkssolidarität 1990 erarbeiteten „Altenreport '90“, in: Blätter der Wohlfahrtspflege 10+11/1990, Abschnitt 3.
- ¹⁵ Ein Resultat des gesellschaftlichen Transformationsprozesses waren die „Vorruheständler“, die als neues Element die ostdeutsche Sozialstruktur erweiterten. 1992/1993 waren fast sechs Prozent der Bevölkerung in den neuen Bundesländern „Vorruheständler“, wobei dieser Anteil durch die Befristung der Regelungen bzw. durch das Erreichen des Rentenalters der Betroffenen schrittweise zurückgegangen ist (Schwitzer, K.-P.: Ungleichheit und Sozialpolitik in den neuen Ländern. Systemvergleich und akkumulierte sozialpolitische Perseveration, in: Berliner Journal für Soziologie 4/1997, S. 487).

-
- ¹⁶ Geißler, Rainer: Sozialer Umbruch als Modernisierung, in: Sozialer Umbruch in Ostdeutschland (Hrsg.: R. Geißler), Leske+Budrich, Opladen 1993, S. 65 ff.
- ¹⁷ Vgl. Stichwort „Veteranen der Arbeit“, in: Lexikon der Sozialpolitik (Hrsg.: G. Winkler), Akademie-Verlag, Berlin 1987, S. 407.
- ¹⁸ Vgl. Werling, H.: Marxistisch-leninistische Grundpositionen zur Lebensweise und zur Persönlichkeit im Alter, Zeitschrift für Altersforschung, (36) 4/1981, S. 253.
- ¹⁹ Vgl. Programm der SED 1963, Beschlüsse des VI. Parteitag, Dietz-Verlag Berlin, Bd. 4, S. 36/Programm der SED 1976, Dietz-Verlag Berlin 1976, S. 33 f.
- ²⁰ Büro des Ministerrates der DDR: Beschluß über Grundsätze und Maßnahmen zur Verbesserung der medizinischen, sozialen und kulturellen Betreuung der Bürger im höheren Lebensalter und zur Förderung ihrer stärkeren Einbeziehung in das gesellschaftliche Leben sowie über Hauptkomplexe der Altersforschung vom 30. Mai 1969, in: Vertrauliche Dienstsache 8/69 Mitteilungen des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 5 (1969), S. 36-40.
- ²¹ „Politik für ältere Menschen muss auch, darf aber nicht nur Altenpolitik in gesonderten Ressorts und Gremien sein. Sie muss sich vielmehr auf den ganzen Lebensverlauf richten und alle Politikfelder und gesellschaftliche Institutionen einbeziehen“ (K.U. Mayer et. al. 1992, S. 757).
- ²² Ministerium für Gesundheitswesen: Rahmenvereinbarung zur Verwirklichung der medizinischen, sozialen und kulturellen Betreuung der Bürger im höheren Lebensalter und zur Förderung ihrer stärkeren Teilnahme am gesellschaftlichen Leben sowie über die Hauptkomplexe der Altersforschung vom 24. Juli 1969, in: Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Gesundheitswesen, 8 (1970), S. 55-60.
- ²³ Vgl. Lamberz, W.: Solidarität in unserer Zeit, herausgegeben vom Zentrallausschuss der Volkssolidarität, Berlin 1972, S. 7.
- ²⁴ Lungwitz, Kurt: Faktoren der Familien- und Bevölkerungsentwicklung in der DDR - Anforderungen an die wissenschaftliche Arbeit, in: Protokolle und Informationen des Wissenschaftlichen Rates für Sozialpolitik und Demografie 11/76.
- ²⁵ Vgl. Altenreport 1990 und 1992.
- ²⁶ Vgl. hierzu Winkler, Gunnar: Zur Geschichte der Volkssolidarität - 1945 bis 2010, in: Volkssolidarität - 1945 bis 2010 - ein Sozial- und Wohlfahrtsverband in Wort und Bild, Bundesverband e.V. Berlin, 2. aktualisierte Auflage, Juni 2011, S. 7 ff.
- ²⁷ Vgl. Lamberz, W.: Solidarität in unserer Zeit, a.a.O., S. 6/7.
- ²⁸ Vgl. Winkler, Gunnar: Die Region der neuen Alten - Fakten und Positionen zur sozialen Situation älterer Bürger in den neun Bundesländern 1990 bis 2005, trafo verlag, Berlin 2006, S. 237 ff.
- ²⁹ Vgl. Schwitzer, Klaus-Peter: Senioren, a.a.O., S. 338.
- ³⁰ Sechster Altenbericht der Bundesregierung, a.a.O., S. 100.
- ³¹ Bärbel Bohley, als führende Repräsentantin der Bürgerbewegungen in der DDR, hat Anfang der 90er Jahre in ihrer Antwort auf einen offenen Brief an Antje Vollmer bemerkt: „Verstehen kann es wohl niemand bei Euch, aber vielleicht doch akzeptieren, dass das Leben im Osten sehr viel Spaß gemacht hat. Wir waren traurig, heiter, verzweifelt und haben intensiv gelebt. Auch ein Leben im Osten war ein ganzes Leben.“ (Bohley, B.: Der fatale Opportunismus des Westens. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. März 1992).
- ³² Eine Rekonstruktion der Lebenswelt, die die komplexen und widersprüchlichen Zusammenhänge zwischen Politik und Gesellschaft, Ideologie und Bewusstsein, System und Individuum, Mentalität und generativer Erfahrung beinhaltet, ist nur mög-

lich, wenn zwischen Systemgeschichte (als Diktaturgeschichte) und der Gesellschaftsgeschichte (als Summe individueller Lebensgeschichten) unterschieden wird. Wenn von DDR-Geschichte die Rede ist, geht es für die Menschen, die in diesem Staat gelebt haben, nicht nur um die Geschichte des Gesellschaftssystems DDR, sondern um einen wichtigen Abschnitt ihrer eigenen Biografie, die von außen nicht pauschal entwertet werden darf (Thomas 1995, S. 187 f.).

³³ Vgl. Sechster Altenbericht. . . , a.a.O., Abschnitt 6.1.2.

³⁴ Vgl. Winkler, Gunnar: Die Region der neuen Alten, a.a.O., S. 32 ff.

³⁵ Vgl. *Älter werden und Altsein - Positionen der Bürgerinnen und Bürger*, Studie im Auftrag der Volkssolidarität Bundesverband e.V., erarbeitet vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V., Berlin 2011.

³⁶ Nach den Ergebnissen des Alterssurveys 1996 schenkten über 59-Jährige ihren Verwandten etwa 3.650 Euro jährlich. Hochgerechnet auf die deutsche Bevölkerung der 60- bis 85-Jährigen sind das 17,2 Milliarden Euro im Jahr oder rund neun Prozent der jährlichen Zahlungen der gesetzlichen Rentenversicherung. Werden die Stunden zusammengezählt, die ältere Menschen in den drei primär unentgeltlichen Bereichen „Ehrenamt in Vereinen und Verbänden“, „Betreuung von (Enkel-)Kindern“ und „Pflege“ monatlich tätig sind, so ergibt das eine Summe von 39.715 Stunden pro Monat. Wird der damalige durchschnittliche Netto-Stundenlohn von 11,80 Euro pro Stunde angesetzt, der in Wohlfahrtsverbänden, Parteien usw. gezahlt worden ist, ergibt sich ein Wert von 41,3 Milliarden Euro, den die 60- bis 85-Jährigen in Deutschland freiwillig und weitestgehend unentgeltlich erbringen. Das entspricht etwa 21 Prozent der gesamten jährlichen Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung und der Beamtenversorgung (M. Kohli & H. Künemund, 2003, S. 23 f.).

³⁷ Fünfter Altenbericht der Bundesregierung: „Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft - Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen“. Bericht der Sachverständigenkommission an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin 2006, BT-Drucksache 16/2190, S. 216.

³⁸ Lessenich, S.: *Vom Rentner zum Alterskraftunternehmer*. Vortrag im Kolloquium des Deutschen Zentrums für Altersfragen, Berlin, am 13.10.2005: <http://www.dza.de/veranstaltungen/bisherige-veranstaltungen/title/vom-rentner-zumalterskraftunternehmer.html> DZA://www.dza.de/nn_36024/DE/Veranstaltungen/2005/Lessenich_131005.html [Zugriff am 10. Oktober 2011].

³⁹ Dyk, S. van und Lessenich, S.: *Ambivalenzen der (De-)Aktivierung*. *Altwerden im flexiblen Kapitalismus*, in: WSI Mitteilungen (62) 10, 540-545 u.a., 2009, S. 543.

⁴⁰ Sechster Altenbericht der Bundesregierung, a.a.O., S. 77.

⁴¹ Ebenda, S. 100 ff.

⁴² Fünfter Altenbericht der Bundesregierung, a.a.O.

⁴³ Schwitzer, Klaus-Peter: *Was bedeutet Altern in einer alternden Gesellschaft?* in: J. Feldmann & C. Jensen (Hrsg.): *Wohin steuert die Altenhilfe? Gesellschaftliche Akzeptanz und Grenzen der Leistungserbringung auf dem Sozialmarkt*. Lobetaler Fachtag zur Altenhilfe, Bernau 2011, S. 51.

⁴⁴ Sechster Altenbericht der Bundesregierung, a.a.O., S. 23.

⁴⁵ Vgl. hierzu auch: Statistisches Bundesamt 2002: *10 Jahre Erwerbsleben in Deutschland*. Zeitreihen zur Entwicklung der Erwerbsbeteiligung 1991 - 2001. Bd. 1 - Allgemeiner Teil, Bd. 2 - Tabellenband II.2 Früheres Bundesgebiet, Bd. 2 - Tabellenband II.3 Neue Länder und Berlin-Ost, Wiesbaden 2002.

-
- ⁴⁶ Vgl. Aktions-Aufrufe der Parteien und Kirchen in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt, in: Winkler, Gunnar: Zur Geschichte der Volkssolidarität 1945 bis 2010, a.a.O.
- ⁴⁷ Satzung der Gemeinschaft Volkssolidarität in der DDR - Beschluss der 23. Tagung des Zentralaussschusses der VS vom 28. Oktober 1949.
- ⁴⁸ Sechster Bericht zur Lage der älteren Generation, a.a.O., S. 226 ff.
- ⁴⁹ Beschluss des Ministerrates der DDR vom 30. Mai 1969: „Grundsätze und Maßnahmen zur Verbesserung der medizinischen, sozialen und kulturellen Betreuung der Bürger im höheren Lebensalter und zur Förderung ihrer stärkeren Teilnahme am gesellschaftlichen Leben sowie über die Hauptkomplexe der Altersforschung“.
- ⁵⁰ 2. Tagung des Zentralaussschusses der Volkssolidarität vom 21. Juni 1972.
- ⁵¹ Kommuniqué des Zentralaussschusses der Volkssolidarität vom 21.06.1972 „Tätigsein - Geselligkeit - Fürsorge“.
- ⁵² Satzung der Volkssolidarität - Beschluss der VIII. Zentralen Delegiertenkonferenz der VS vom 24./25. April 1977.
- ⁵³ Vgl. Winkler, Gunnar: Zur Geschichte der Volkssolidarität - 1945 bis 2010, a.a.O., S. 33.
- ⁵⁴ Vgl. hierzu u.a. Altenreport '90: Zur sozialen Lage von Altersrentnerinnen und Altersrentnern in der DDR, a.a.O.
- ⁵⁵ Vgl. hierzu Schwitzer, Klaus-Peter: Ältere Menschen in den neuen Bundesländern, APuZ B 29-30/1992, S. 44; Winkler, Gunnar: Das andere deutsche Alter. Lebenslagen und Lebensweisen älterer Menschen in den neuen Bundesländern, in: G. Verheugen (Hrsg.): Die wachsende Macht der Älteren, bund-Verlag 1994, S. 75; Winkler, Gunnar: Seniorenreport 1994, Daten und Fakten zur sozialen Lage älterer Bürger in den neuen Bundesländern, SFZ/GSFP Berlin, S. 213-215.
- ⁵⁶ Vgl. Das Parlament, Die Zukunft der Dörfer, Nr. 31/2009, S. 1-14.
- ⁵⁷ Datenreport 1997, 1999, 2002, 2004, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, Bonn 2004, S. 452.
- ⁵⁸ Vgl. Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung 2008, S. 47 - bezogen auf Angleichung des aktuellen Rentenwerts.
- ⁵⁹ WACHSTUM. BILDUNG. ZUSAMMENHALT. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP, Berlin, 26. Oktober 2009, S. 57.
- ⁶⁰ Vgl. Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung 2010, S. 47 f.
- ⁶¹ Vgl. Winkler, Gunnar: Die Region der neuen Alten, a.a.O, S. 44; Winkler, Gunnar: 20 Jahre später - 1989 bis 2009 - Die friedliche Revolution und ihre Ergebnisse, Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V., Berlin 2009, S. 278.
- ⁶² Vgl. Winkler, Gunnar: 20 Jahre später 1989 bis 2009, a.a.O., S. 256 ff.
- ⁶³ Vgl. Gesetz zur Neufassung des Raumordnungsgesetzes und zur Änderung anderer Vorschriften vom 22.12.2008, § 2 (2).
- ⁶⁴ Siehe hierzu im Einzelnen Sozialreport 50+ 2011 (Langfassung), Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. im Auftrag des Bundesverbandes der Volkssolidarität e.V., Berlin 2011.
- ⁶⁵ Aktualisierte Fassung von Gunnar Winkler, Einführung - Kurzfassung, Sozialreport 50+ 2011, erarbeitet vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. im Auftrag des Bundesverbandes der Volkssolidarität e.V., Berlin 2011, S. 6.

Autoren

SCHWITZER, Klaus-Peter, Dr. sc. phil.

geb. 1946; Studium der Philosophie, Soziologie und Sozialpsychologie; 1972 Diplom-Philosoph/Soziologe, Berlin; 1975 Promotion; 1990 Habilitation. 1975 bis 1982 Ministerium für Gesundheitswesen - Hauptabteilungen Soziale Betreuung sowie Forschung, 1982 bis 1991 Mitarbeiter am Institut Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR - Arbeitsbereich Ältere Bürger; 1991 bis 2003 Wissenschaftliches Integrationsprogramm (WIP), Humboldt Universität - Institut für Sozialwissenschaften Bereich Mikrosoziologie; 2003 bis 2011 Mitarbeiter am Deutschen Zentrum für Altersfragen - Geschäftsstelle der Altenberichte der Bundesregierung

Veröffentlichungen (Auswahl): Altenreport '90 (im Auftrag des Zentralaussschusses der Volkssolidarität); Altenreport '92 (Hrsg. zus. mit Gunnar Winkler); Buchkapitel „Senioren“ in Sozialpolitik in der DDR - Ziele und Wirklichkeit, Berlin 2001; Schwitzer, K.-P. (2011): Was bedeutet Altern in einer alternenden Gesellschaft? in: J. Feldmann & C. Jensen (Hrsg.) Wohin steuert die Altenhilfe?, Bernau: Hoffnungstaler Stiftung Lobetal, S. 33-60; Schwitzer, K.-P./Berner F./Rossow (Hrsg.) (2011): Expertisen zum Sechsten Altenbericht der Bundesregierung. VS Verlag, Wiesbaden Band 1: Individuelle und kulturelle Altersbilder, Band 2: Altersbilder in der Wirtschaft, im Gesundheitswesen und in der pflegerischen Versorgung

WINKLER, Gunnar, Prof. Dr. sc. oec., Mitglied der Leibniz-Sozietät

geb. 1931; erlernter Beruf Hauer/Steiger Unter Tage, 1952 bis 1956 Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Karl-Marx-Universität Leipzig und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; 1967 Promotion (Dr. rer. oec.); 1973 Dissertation - Doktor der Wissenschaften; 1977 bis 1991 Direktor des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik an der Akademie der Wissenschaften der DDR; 1992 bis 2002 Geschäftsführer am Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V.

Veröffentlichungen u.a.: Hrsg.: Theorie und Praxis der Sozialpolitik, 1988; Geschichte der Sozialpolitik, 1989; Lexikon der Sozialpolitik, 1987; Herausgeber und Mitautor der über 30 Sozial- sowie Seniorenreporte 1990 bis 2011. Darüber hinaus Autor zahlreicher Publikationen zu Problemen der sozialen Lage in den neuen Bundesländern sowie zu Problemen des bürgerschaftlichen Engagements und der Altersarmut

Ehrenamt: Vizepräsident der Volkssolidarität seit 1990, Präsident seit 2002